



Die Lage der Aerzte und die Ehrengerichte.

Von
Georg Zepler.
(Berlin.)

Es ist in diesen Blättern wiederholt von dem sogenannten Gelehrtenproletariat die Rede gewesen, und es erübrigt sich, den Lesern derselben die Ursachen des Elends unter den gelehrten Berufsständen auseinanderzusetzen. Den Zusammenhang dieser Erscheinung mit der Entwicklung des Kapitalismus kennt ein Jeder von ihnen, und sie haben das klare Bewusstsein, der modernen Arbeiterbewegung nicht mehr ausschliesslich aus Gründen selbstloser Gerechtigkeit anzuhängen, sowie in vernünftiger Unterordnung unter die Uebermacht der natürlichen Entwicklung, sondern sie fühlen am eigenen Körper oder sehen an dem ihres Nachbarn und Freundes, dass der Kapitalismus das Werk der Proletarisierung und Nivellirung bis in ihre Klasse hinauf mit bereits deutlich bemerkbarem Erfolg fortgesetzt hat, der kommenden Zeit- und Wirthschaftsepoche, dem Sozialismus, selbst den Weg bahrend. — Aber der Sehenden sind leider noch nicht eben viele, und sie stehen in einem allzu dürftigen Verhältniss zu der grossen Zahl Derer, welche das dahinschreitende Schicksal mit seinen nach allen Seiten herniederfallenden Geisselhieben bedacht hat, und welche, in der grossen Mehrzahl blind, die brennenden Wunden zwar fühlen, aber nicht erschauen können, woher die Schläge kommen. Und wie die Völker der Barbarei und des Alterthums bei schweren Heimsuchungen durch Hungersnoth, Krankheiten u. s. w. ihren Götzen und Göttern opferten oder andere symbolische Handlungen verrichteten, mit denen sie das Unheil abzuwenden meinten — was sogar bei naiven, frommgläubigen, künstlich in geistiger Finsterniss gehaltenen Volksschichten noch heutzutage geschieht — so suchen jene noch im schwachen Dämmerchein des sozialen Erkennens unsicher Umhertastenden, in tiefer Unkenntniss über die Ursachen der sozialen Krankheiten und Nöthe, allerhand nichtige Mittel zur Verbesserung ihrer Lage anzuwenden.

Dafür sind die Aerzte ein klassisches Beispiel. Die Lage derselben hat sich in den letzten Jahrzehnten im Verhältniss zu früher, fortdauernd

verschlechtert und hat jetzt einen Stand erreicht, der nicht nur eine allgemeine Unsicherheit der Existenz bedingt, sondern geradezu die schlechter Gestellten thatsächlich in die Reihen des Proletariats verweist.

Die Ursachen hierfür lassen sich direkt wie indirekt auf die allgemeine Lage und Entwicklung zurückführen. Doch sollen hier nicht die letzten Ursachen untersucht werden, und es wird hauptsächlich nur von einigen näher liegenden Momenten die Rede sein, welche die Aerzte meistens für ihre Misère verantwortlich machen und selbst schon für die letzten Gründe zu halten pflegen.

So klagen sie über den stetig vermehrten Zugang zum medizinischen Beruf, ohne dass sie sich über die eigentliche Ursache dieser Erscheinung selbst wieder Rechenschaft ablegen. Thatsächlich ist die Zahl der Aerzte eine bei Weitem grössere, als den allgemeinen ökonomischen Verhältnissen nach vorhanden sein dürfte. Denn die Mittel, welche die Gesamtheit des Volkes heute für ärztliche Zwecke aufzuwenden hat, können die vorhandene Zahl der Aerzte nicht ernähren.

Anders ist die Sachlage, wenn das thatsächlich bestehende Bedürfniss in Frage kommt. Auf dem platten Lande müsste eine weit grössere Zahl von Aerzten vorhanden sein, wenn stets und überall ärztliche Hilfe rechtzeitig und genügend zur Stelle sein sollte. So zeigt sich der scheinbare Widerspruch, dass zugleich die Aerzte Noth an Beschäftigung, das Publikum Noth an ärztlicher Hilfe leidet. Freilich ist das *cum grano salis* zu verstehen. In den Städten ist ärztliche Hilfe genügend vorhanden; in den grossen Zentren mehr als zuviel, aber auf dem Lande, wo zwar ebenfalls im Verhältniss zur Seelenzahl meist genügend Aerzte niedergelassen sind, stellt sich das Verhältniss darum ungünstiger, weil diese Bewohnerschaft und das Wirkungsgebiet des Arztes meist auf mehrere, oft weit von einander entfernte Ortschaften vertheilt ist. Das erschwert und vertheuert die ärztliche Hilfe ausserordentlich, und sie kann daher von den meist wenig begüterten Landbewohnern nur in beschränktem Maasse in Anspruch genommen werden, woraus sich die viele Kurpfuscherei auf dem Lande erklärt. Die für die Gebietstheile ausreichende Zahl von Aerzten fände aber bei der dünn gesäten Bevölkerung die nöthigen Existenzmittel nicht. Da zeigt es sich deutlich, dass in einem wirklichen Kulturstaate die Aerzte vom Staat besoldet und in nöthiger Anzahl zugelassen werden müssten, und dass auch hierin der sozialistischen Gesellschaft einmal genug zu thun übrig bleiben wird. Es drängt sich nun aus leicht begreiflichen Gründen der ganze Ueberschuss der Aerzte in den Städten und zwar besonders in den Grossstädten zusammen, wo sich für die geringe Thätigkeit und die Entbehrungen wenigstens mancher andre Ersatz findet. Hier muss daher die Durchschnittseinnahme entsprechend sinken. Dies muss dann aber demnach wieder einen grössern Zuzug nach dem Lande zur Folge haben, so dass dort die örtliche Ausdehnung der Thätigkeit des einzelnen Arztes geringer wird, aber zugleich ebenso seine Einnahmen. Dies zeigt sich deutlich durch die Angebote betreffs käuflicher Uebnahme einer Praxis in den ärztlichen Blättern. Während eine Landpraxis von jährlich 15 000—20 000 Mark Einnahme früher sehr häufig war, ist sie jetzt nur noch äusserst selten zu finden. Die Durchschnitts-

einnahmen sind jetzt 6000, seltener 8000 Mark, und garnicht selten sind Angebote mit 5000 Mark und weniger. Die erstgenannten Zahlen dürften ja im ersten Augenblick als unberechtigt hohe Einnahmen erscheinen; wenn man aber bedenkt, dass die Aerzte dafür ausserordentliche Anstrengungen und eine grosse Verantwortung tragen, dass ein gut Theil auch auf Spesen abgeht, und dass für die Erziehung der Kinder, die der Schulen wegen in städtische Pension kommen, aussergewöhnliche Mittel nöthig sind, sowie besonders, dass die Aerzte nur ein Durchschnittsalter von 50 Jahren erreichen und dann ihre Wittwen und Waisen ohne das Recht auf eine Pension zurücklassen, dann wird man solchen Einnahmen schon eine grössere Berechtigung zuerkennen. Für die Thatsache gar der immer niedriger werdenden Einnahmen fallen jene Umstände umso schwerer ins Gewicht. — Wenn indessen die ländliche Praxis jetzt meist noch immer recht und schlecht ihren Mann — aber nicht immer die Familie — ernährt, so ist doch ein Zeitpunkt vorauszusehen, wo vielfach auch dies nicht einmal mehr der Fall sein wird.

Ein anderer Umstand, dem die Aerzte die Schuld an der schlimmen Lage ihres Erwerbs beimessen, ist das Krankenversicherungsgesetz für die Arbeiter, durch welches die Honorare für ärztliche Leistungen bei Mitgliedern der Krankenkassen, soweit letztere für die Honorare gesetzlich aufzukommen haben, auf ein so geringes Niveau herabgedrückt werden, dass sie nicht nur in keinem richtigen Verhältniss zu den Leistungen mehr stehen, sondern geradezu des ärztlichen Standes, ja überhaupt jeglicher qualifizirter Arbeiter unwürdig sind. Damit man diese Angaben nicht für übertrieben hält, sei erwähnt, dass in Berlin, wo bei etwa der Hälfte aller gesetzlichen Krankenkassen die freie Arztwahl für die Kassensmitglieder eingeführt ist, jede ärztliche Konsultation etwa mit 30 bis 40 Pfennig „honorirt“ wird, die Besuche doppelt hoch, je nach dem Verhältniss der zur Verfügung stehenden Mittel und der Gesamtzahl aller ärztlichen Leistungen in einem bestimmten Zeitabschnitt.

In der grössten dieser Kassen, der allgemeinen Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen, herrscht ein Zahlungsmodus für die Aerzte nach wöchentlichen Leistungen. Ein jeder der dafür ausgegebenen Wochen-Bons bringt ca. 60 bis 80 Pfennig ein, mag nun 1 Konsultation oder Besuch oder mögen solche täglich, selbst mehrmals am Tage stattgefunden haben. Auch viele grössere und operative Verrichtungen sind darin mit eingeschlossen. Es ist also nicht zu viel gesagt, dass nicht einmal einfache Arbeiter dafür zu haben wären. Bei den Kassen, wo bestimmte Aerzte angestellt sind, haben dieselben zwar wenigstens ein festes Gehalt, welches zu ihrer Existenz mehr oder weniger beiträgt — durchschnittlich 900—2000 Mark, aber einzeln berechnet käme auf jede Leistung noch weniger als bei der freien Arztwahl. Letztere hat nun wenigstens den Vortheil, dass sich die Kranken ihren Arzt selbst wählen können, anstatt dass er ihnen aufgezwungen wird, und dass alle Aerzte doch Gelegenheit haben, zu praktizieren, wenn auch für ein kaum nennenswerthes Entgelt, so dass sie wenigstens nicht in die fatale Lage kommen, durch Mangel an Uebung Alles zu verlernen, statt zuzulernen und Erfahrungen zu sammeln. Auch spricht noch der

Umstand für die freie Arztwahl, dass hier die Behandlung bei einem gewissenhaften Arzt doch eine sorgfältige sein kann, während in den kolossal überfüllten Sprechstunden der fixirten Aerzte eine eingehende, gewissenhafte, individualisirende Behandlung meist nicht denkbar ist.

Bei diesem System tritt wieder der bereits angeführte scheinbare Widerspruch in die Erscheinung: Grosse Noth vieler unbeschäftigter und dennoch tüchtiger Aerzte allerwegen — Noth des Arbeiterpublikums an guter ärztlicher Behandlung! Trotz dieser durch das Krankenkassengesetz zum Ausdruck gekommenen Misère scheinen mir die Aerzte dennoch daneben zu schiessen, wenn sie diesem Umstande die Hauptschuld ihrer Lage beimesen. Immerhin sind doch diese, wenn auch noch so geringfügigen Honorare garantirt, und die ärztliche Hilfe wird von Seiten der Arbeiter jetzt in grösserm Maasse in Anspruch genommen, als das früher hätte der Fall sein können. Arbeiter haben früher auch aus eigener Tasche wohl nicht gar so viel höhere Honorare gezahlt, als jetzt für sie durch die Kassen entrichtet werden! Dazu kommt die geringere Inanspruchnahme und die gänzliche Honorarentziehung früher. Dennoch ist es richtig, dass aus den breiten Schichten der Bevölkerung heraus im Ganzen jetzt wohl eine geringere Quote für ärztliche Bemühungen aufgewendet wird, als dies sonst der Fall gewesen sein mochte. Daran sind aber nicht die Krankenkassen Schuld, sondern die zunehmende Proletarisirung der Bevölkerung. Denn zugegeben selbst, ein Arbeiter verdiene jetzt nicht weniger, sondern vielleicht sogar mehr als früher, so ist zu bemerken, dass er immerhin weniger verdient, als früher ein selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender verdient haben wird. Infolge der kapitalistischen Produktionsweise sind aber aus vielen der besser gestellten Handwerker von früher die schlechter gestellten Arbeiter von heute geworden.

Es ist daher, wie ich mich oben absichtlich ausdrückte, durch das Krankenkassengesetz die Misère der Aerzte nur zum Ausdruck gekommen; d. h. sie war auch ohne Krankenkassengesetz schon längst vorhanden oder eingeleitet; sie war latent; durch das Gesetz wurde sie manifest, erhielt sie leicht erkennbare Symtome, was aber auch ohne das Gesetz, nur in anderer Form, bald hätte geschehen müssen.

Dass daneben hier und da mal ein Arzt noch eine recht einträgliche Praxis aufzuweisen hat, will garnichts sagen. Das sind ausser den berühmten Professoren (die oft nur aus Luxus von den Begüterten in Anspruch genommen werden) nur einige Glückspitze, die durch irgend welche günstige Umstände unter einem gut zahlungsfähigen Mittelpublikum eine ausgedehnte Klientele erworben haben, oder es sind diejenigen Aerzte, gewisse Lieblinge der „Gesellschaft“, die bei den ganz Vornehmen oder Reichen sozusagen habilitirt sind. Das sind die Kreise, wo man noch splendid gegen den Arzt zu sein versteht, weil man es dazu hat und es zum guten Ton gehört. Diese Aerzte haben für ihr Einkommen oft wenig Mühe, meistens wenig Verantwortung, da sie schon bei den unbedeutendsten Dingen angesehene Spezialisten und Professoren zuziehen müssen. Mitunter sind das dann eben kaum noch Aerzte. Um zu solchen Sinekuren zu gelangen, dazu gehören schon vornehme Beziehungen, bevor-

zugte Protektion durch Geheimräthe und Professoren, besondere Salonfähigkeiten. Solche Praxis vererbt sich auch öfters an Söhne, Schwiegersöhne, Neffen. Ein unbemittelter Arzt kann schon vollends nicht auf solche Position rechnen, denn er muss möglichst hier und dort Assistent gewesen sein, von Anfang an nobel auftreten, eine gut eingerichtete theure Wohnung in einem vornehmen Stadttheile innehaben u. dgl. Hier, wie auch mehrfach in anderen Richtungen, so bei Erwerbung spezialistischer Ausbildung und Betrieb eines Spezialfaches, bei Unterhaltung einer Poliklinik oder Klinik, bei der Anschaffung theurer Instrumente und Apparate, bei käuflicher Uebernahme einer Praxis oder Anstalt etc. zeigt sich, dass der Kapitalismus auch mitten in den ärztlichen Beruf selbst hinein, seinen umgestaltenden und siegreichen Einzug gehalten hat. Während das best zahlungsfähige Publikum meist in der Hand einiger weniger Aerzte vereinigt ist, müssen sich die grossen Mengen der anderen Aerzte mit den Kassenpatienten und dem übrigen unbemittelten Publikum begnügen, und von leidlich oder gut zahlungsfähigen Patienten sehen viele Aerzte nie Jemand, andre nur hier und da mal einen mit unterlaufend. Daneben existirt bei den besseren Mittelschichten noch vielfach das System der fixirten Hausarztstellen, meist ein Kreuz für die Aerzte und eine unschöne Ausbeutung derselben. Aber die wirthschaftliche Noth und der Mangel einer fruchtbaren Organisation zwingt sie, diese wenigstens festen Bezüge, mit denen sie meist sicher rechnen können, zu behalten und sogar solche Hausarztstellen zu erjagen. Da ist es also kein Wunder, wenn bei der ersten Selbsteinschätzung nur 10 % aller Berliner Aerzte ein Einkommen von 3000 Mark an und darüber aufzuweisen hatten, allerdings nach Abzug der Spesen. Und ebensowenig ist es zu verwundern, wenn der unversorgt und in bitterer Noth zurückgebliebenen Wittwen und Waisen von Aerzten so viele sind, dass die Wohlthätigkeit in reichem Maasse in Anspruch genommen werden muss, ohne indessen auch nur im Entferntesten hin-zureichen.

Die zunehmende Proletarisirung der Massen und die absolute wie relative Vermehrung der Aerzte, welch letztere Erscheinung ebenfalls eine Folge der kapitalistischen Umgestaltung der Wirthschaftsverhältnisse ist, sind die Hauptursachen für den Rückgang der ärztlichen Erwerbsverhältnisse. Daneben spielen noch manche Verhältnisse untergeordneter Natur, wie die Verbesserung der Hygiene, die Ausbreitung des Kurpfuscherthums, die kostenlose Behandlung in den Polikliniken etc. eine Rolle. In völliger Verkennung der wahren Ursachen für den Rückgang ihrer ökonomischen Lage, halten sich die Aerzte an die scheinbaren, weil zunächst greifbaren Ursachen, an die Symptome — genau wie in medizinischen Dingen der Nichtarzt die Symptome oft für identisch mit der Krankheit hält — und suchen eine Umgestaltung von Einrichtungen, wie sie ihnen wenig nützen würde. Nebenher halten sie sich in ihrer Hilflosigkeit an Dinge von äusserst geringfügigem Einfluss und klammern sich an dieselben, wie der Ertrinkende an einen Strohalm.

Es ist klar, dass unter so miserablen Zuständen manche hässliche Erscheinung bei den Angehörigen des Standes zu Tage tritt, eine unschöne Jagd nach Praxis, unlautere Konkurrenz, Reklamesucht, Unterbietung und

dergleichen mehr, Handlungen, welche dem gebildeten und studirten Mann und dem Angehörigen eines Berufsstandes, der — nicht wegen seines äussern Werthes, sondern wegen der Höhe seiner Aufgaben — die Eigenschaft der Vornehmheit für sich in Anspruch nehmen darf, zweifellos nicht gerade zur Zierde gereichen. Aber es ist doch zu weit gegangen, wenn man derartigen Einzelercheinungen eine moralische Schädigung für den ganzen Stand zuschreiben will oder gar alle materielle Verschlechterung damit in Verbindung bringt.

Nichtsdestoweniger beharren die Aerzte auf solcher Auffassung, sie, die überhaupt schon immer auf peinliche Beobachtung gewisser, höchst kleinlicher Standesvorschriften einen unverhältnissmässig grossen Werth gelegt haben. Das hat sich aber in neuerer Zeit in ganz akuter Weise gesteigert, und dieser Standesdünkel ist fast zu einer Manie ausgeartet. Das kriecht und duckt sich vor den Obrigkeiten und ist bestrebt, patent und korrekt zu erscheinen, dass es nur so seine Art hat. Der allgemeine Zug der obern Bourgeoisie nach Schneidigkeit, Vorrechten, Standeserhebung und vornehmer Kastenabgeschlossenheit kommt bei einem Theil der Aerzte unverfälscht zum Ausdruck. Es sind das die Aerzte, welche sich in den Standesvereinen, Einrichtungen von Jahrzehnte altem Bestand, organisirt haben, ohne damit bisher eingreifendere wirthschaftliche Zwecke verfolgt zu haben. Erst in neuerer Zeit haben sie auf Anregung andrer Aerztegruppen hin einige bestimmte und wichtigere wirthschaftliche Fragen aufgenommen. Die übrige Aerzteschaft, wohl der grösste Theil, hatte sich lange Zeit indifferent verhalten. Erst durch die vor 7 bis 8 Jahren ins Leben getretene Bewegung für die freie Arztwahl, welche aber von den Standesvereinen nur zögernd und matt mitgemacht wurde, ist der wirthschaftliche Kampf in die Reihen der Aerzte getragen worden. Andre nennenswerthe Früchte als die oben geschilderten hat diese Bewegung aber bis jetzt nicht gezeitigt, und sie wird auch schwerlich Wesentliches vollbringen. Daneben simpeln jene Standesvereine in Fragen der Etiquette des Standes weiter fort und suchen auf diese Art den „Stand zu heben“ und sein „Ansehen zu retten“.

Schon ein alter Herzenswunsch dieses Theils der Aerzte ist die Errichtung von staatlich anerkannten Ehrengerichten, in denen Aerzte als Richter über Vergehen gegen die Ehre und den Anstand im Berufe und im Privatleben zu Gericht sitzen sollen. Schon vor 50 Jahren sind solche bestimmt ausgesprochene Wünsche in Eingaben an die Ministerien aufgetaucht; so müssen doch also die Klagen über moralische Schädigungen, die von einzelnen verursacht wurden, schon damals bestanden haben. Dessenungeachtet ist es so lange auch ohne die Ehrengerichte gegangen. Für die lange Dauer des für so unheilvoll erklärten moralischen Niedergangs der Aerzte und im Verhältniss zu der schlimmen Lage derselben ist die Verschlechterung des moralischen Bestandes nicht annähernd so gross, um nun auf einmal, wie einer ganz akuten Gefahr gegenüber, solche Maassregeln zu erheischen.

Seit nun vollends die Anwälte eine derartige Einrichtung haben, ist fort und fort gewiegelt worden, ebenfalls die Ehrengerichte zu erhalten. Neben der Aufstellung und gesetzlichen Anerkennung einer zeitgemässern

Honorartaxe, deren Nutzen übrigens nur recht geringfügig sein kann, da die theoretisch erhöhten Honorarsätze praktisch wenig durchführbar sind, neben dem Streben nach Aenderung des Krankenkassengesetzes zu Gunsten der Aerzte, neben den Bemühungen, die Aufhebung der Kurirfreiheit, also das Verbot der Kurpfuscherei, zu erwirken und die Aerzte aus der Reichs-Gewerbe-Ordnung herauszuheben, sowie neben einigen gemeinnützigen Bestrebungen sanitärer Natur bildeten die Ehrengerichte nebst einer dazu nöthigen Standesordnung einen hervorragenden Wunsch dieses Theils der Aerzte. Sie glauben derselben umsomehr zu bedürfen, je schlimmer die materiellen Verhältnisse der Aerzte sich gestalten, und je häufiger sich die oben skizzirten Verfehlungen gegen den ärztlichen Stand und „Anstand“ ereignen. Eine Etappe auf dem Wege dazu waren die Aerztekammern, welche in Preussen auf Verordnung des Königs im Jahr 1887 eingerichtet und durch den Aerztekammer-Ausschuss durch königliche Verordnung im Jahre 1896 ergänzt wurden. Sie hatten, zwölf an der Zahl und auf die Provinzen vertheilt, das Recht, in Fragen der öffentlichen Gesundheit und des ärztlichen Standes Berathungen zu pflegen und der Regierung bezügliche Vorschläge zu unterbreiten.

Endlich ist es den langjährigen Bemühungen der Aerztekammern und des Ausschusses, welche als die offiziellen Vertreter der Aerzte angesehen werden, diesen Werth aber kaum besitzen, gelungen, den Kultusminister dahin zu bringen, einen Gesetzentwurf betreffend Errichtung ärztlicher Ehrengerichte nach dem Vorbilde derer der Anwälte dem preussischen Landtage vorzulegen, welcher zweifellos dieses Gesetz annehmen wird.

Der Gesetzentwurf findet in den Kreisen der Aerzte selbst vielen und lebhaften Widerspruch, und die Vorlage desselben wäre vielleicht nicht erfolgt, wenn nicht die Aerzte den Kammerwahlen gegenüber zu gleichgiltig gewesen wären. Jetzt indessen wird man sich mit dem Gesetz abfinden müssen. Bemerkenswerth aber ist die Art und Weise, wie es von seinen Freunden ergattert, von dem Minister den Aerzten aufgedrängt wurde. Als nach langen Diskussionen über den Nutzen bezw. die Gefahren eines Gesetzes über Ehrengerichte, wie es von dem Minister den Aerztekammern zur Begutachtung vorgelegt worden, die Stimmung in den Kreisen der Aerzte demselben durchaus nicht günstig war, entschieden sich die meisten Kammern im ablehnenden Sinne. Man hätte meinen können, die Sache sei nun abgethan. Da erging unterm 27. Dezember 1897 nochmals eine Antwort des Ministers an die Kammern auf deren Votum, welche die Sache wiederum in die Wege leitete. Der Minister, welcher bekanntlich bei der kürzlich stattgehabten Verhandlung im Landtag die Erklärung abgab, dass die Regierung gar kein Interesse an dem Gesetzentwurf hätte und ihn nur den Aerzten zu Gefallen eingebracht habe, betonte zwar auch damals schon, dass er nur immer das Beste der Aerzte im Auge hätte, aber seine Worte verrathen doch, dass es ihm noch um etwas Anderes zu thun sei. Wenigstens ist so etwas, wie ein ganz gelinder Druck, der ausgeübt werden soll, durchaus nicht zu verkennen. Nachdem er das Zauberbild der Lieblingswünsche eines Theils der Aerzte, die Heraushebung der Aerzte aus der Reichs-Gewerbe-Ordnung und die Wiedereinführung des Kurpfuschereiverbotès, in der Ferne gezeigt

hat, hängt er wieder einen Vorhang darüber, indem er sagt, dass nur über den Weg der Ehrengerichte (und natürlich der Ehrengerichte, wie er sie will) jene Früchte zu erlangen seien. Wenn der Minister es aber wirklich mit den Aerzten so gut meint, warum hat er es gerade mit den Ehrengerichten, die, wenn wirklich nöthig, höchstens das letzte Glied in der Gesetzgebung zu bilden brauchten, so eilig, während die anderen Gaben in so weiter Ferne sind, und er sich durch nichts zu ihrer Herbeischaffung verpflichtet? Warum haben dann die Ehrengerichte nicht wenigstens Zeit, bis die anderen Früchte reif sind, auf dass sie zu gleicher Zeit geerntet werden können, die einen nicht ohne die anderen?

Ja, noch mehr. Das einzige konkrete Beispiel, das er als Motivirung für die Nothwendigkeit der Ehrengerichte beibringt, ist ein Fall, der nur Geltung hätte, wenn die Aerzte bereits aus der Reichs-Gewerbe-Ordnung herausgehoben wären. Das hat denn auch seine Wirkung nicht verfehlt. Die Aerzte glauben nun allen Ernstes, dass ihnen mit der Annahme der Ehrengerichte auch die Aufhebung der Praktizirfreiheit der Unkonzessionirten sicher sei, und das hat sie hypnotisirt. Der Minister machte dabei den Aerzten in einzelnen Punkten einige Konzessionen und hofft damit, sowie durch den Druck, den er thatsächlich ausgeübt, und mit dem Zauber seiner für die Aerzte so wohlwolligen Persönlichkeit den Widerstand der Kammern (nicht der Aerzte, die mit den Kammern ja nicht identisch sind, so wenig wie der Landtag oder auch selbst der Reichstag mit dem Volke) zu brechen. — Dann ist ja der Entwurf selbstverständlich Gesetz; denn wenn sich der Minister auf die Zustimmung der Kammern — die er freilich wirklich für die Aerzte nimmt — berufen kann, so hat er bei seinem gefügigen Landtag natürlich das Gesetz in der Tasche — und damit eine reaktionäre Handhabe mehr! Und er wird sich nicht getäuscht haben. Geht also daraus sicher hervor, dass der Minister selbst es war, welcher das Gesetz gewünscht hat, was doch nicht um der schönen Augen der Aerzte willen geschah, so wird das noch bekräftigt und in seinen Motiven erklärt durch die Thatsache, dass seitens des Aerztekammer-Ausschusses an den Minister vorher eine Eingabe gemacht worden war, worin um Einführung der Ehrengerichte besonders darum gebeten wurde, um das Eindringen des „sozialdemokratischen Giftes“ in die Aerzteschaft zu verhindern. So erklärt sich die Eile und die gütige Geduld des Ministers mit den nach den Voten der einzelnen Aerztekammern noch widerstrebenden und ihre Interessen im Sinne der Regierung so wenig begreifenden Aerzten. Danach lässt sich schon voraussehen, um was es sich in dem Gesetz eigentlich handelt.

So weit es nicht politischer Natur ist, hat es gar keinen greifbaren Werth, man müsste denn das als Werth anerkennen, dass es den Standespielereien jener geringen Zahl von Aerzten, die sonst keine Sorgen haben, Vorschub leistet und ausserdem einigen derselben männliche Ehren, Aemter und Würden, Titel und Orden einzutragen sich als geeignet erweisen wird. Für das Gros der Aerzte wird es nur Nachtheile und Schaden bringen und dem ohnehin so bedrückten Stand eine neue und schwere Last sein.

Schon der Umstand, dass nicht einmal der Erlass einer Standesordnung vorausgegangen ist, durch welche erst einigermaassen sicher-

gestellt wäre, was erlaubt, was verboten, muss zu einer grossen Unsicherheit führen; es sollen vielmehr die Ehrengerichte erst den Maassstab bilden für eine angeblich nachfolgende Standesordnung. So werden also experimenti causa eine Menge Anklagen stattfinden, und die armen Aerzte werden die nothwendige Vivisektion über sich ergehen lassen müssen. Der Denunziation und Chikane ist Thür und Thor geöffnet, und die besten Absichten einzelner Aerzte können von Missgünstigen als Vergehen angeschuldigt und vielleicht sogar an den Pranger gestellt werden. Auch die Humanität der Aerzte gegen ihre Klienten muss darunter leiden, da jede humane Handlung als berechneter Geschäftskniff ausgelegt werden kann. Ganz besonders muss auch jede vernünftige und der Zeit entsprechende Weiterentwicklung des ärztlichen Berufs in materieller Hinsicht unterbunden werden, wie sie durch die Entwicklung der Gesellschaft, aber auch durch die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft, durch die Ausbildung der Spezialfächer, durch die modernen Behandlungsmethoden, sowohl in sich, wie zum Ausgleich der durch dieselbe gesellschaftliche Entwicklung andererseits verursachten Schäden, geradezu geboten ist. Wir sehen hier die Aerzte in den gleichen Fehler verfallen, wie die Handwerker mit ihrem rückschrittlichen und ebenso zwecklosen Streben nach Innungen.

Wie thöricht aber das ganze Verlangen der Aerzte ist, geht daraus hervor, dass sie sich selbst ein Gesetz aufgebürdet haben, durch welches sie das Einzige, was sie vor anderen akademischen Berufsarten: Lehrern, Beamten, ferner vor Offizieren voraus hatten, die Unabhängigkeit und die politische Freiheit, zu opfern bereit waren, ohne jegliches nutzbare Entgelt. Denn während Jene doch dafür feste Angestellte sind mit garantirtem Einkommen, das ihnen die ökonomische Freiheit gewährleistet, bleiben die Aerzte als auf sich selbst und die freie Konkurrenz angewiesene Gewerbetreibende ökonomisch unfrei, da sie um die Gunst des Publikums buhlen müssen; sie bekommen vom Staate nicht das Geringste, und das theure Gut, das sie für ihre missliche Lage noch einigermaassen entschädigen könnte, geben sie hin für ein Schemen, für ein Nichts, für den Standeskittel, der eine gewisse Minorität unter ihnen reizte.

Das zeigt wieder in äusserst betäubender Weise, wohin in unserer Zeit das Verständniss und die Werthschätzung für die Freiheit der Ueberzeugung geschwunden ist.

Denn dass es sich um ein politisches und zwar der *lex Arons* paralleles Gesetz handelt, das geht schon daraus hervor, dass es unser Herr Kultusminister so warm, so uneigennützig empfahl und mit so eifriger Gleichgültigkeit zwischen den Ufern der Aerztekammern in das Abgeordnetenhaus hineinbugsirte. Noch zuletzt wurde den Aerzten der Mund wässerig gemacht, indem wenige Tage vor Veröffentlichung des Gesetzentwurfs ein Erlass des Kultusministers an den Ausschuss der Aerztekammern erging, durch welchen gesetzliche Schritte gegen die Kurpfuscherei in Aussicht gestellt zu werden scheinen.

Sehen wir uns doch das Gesetz wenigstens in seinen wichtigsten Paragraphen einmal an. Da ist zunächst der § 14, welcher sagt: „Ein Arzt, welcher die Pflichten seines Berufes verletzt oder sich durch sein Verhalten der Achtung und des Vertrauens unwürdig zeigt, welche der

ärztliche Beruf erfordert, hat die ehrengerichtliche Bestrafung verwirkt.“ Wahrlich, der schönste Kautschukparagraph!

Nun ist zwar in den Motiven (wohlgemerkt, nur in den Motiven! aber hier zu Lande und in unserer Zeit dürfte es dreist im Gesetz selbst stehen!) gesagt, und auch der Herr Minister hat es im Abgeordnetenhaus ausdrücklich versichert: die ehrengerichtliche Bestrafung eines Arztes wegen seiner politischen, wissenschaftlichen oder religiösen Ansichten oder Handlungen sei nicht anständig. Aber wir Sozialdemokraten theilen nicht die Naivität der meisten Aerzte, uns durch diese Worte beruhigen und einlullen zu lassen.

Wir Alle wissen ja, wie es gemacht wird. Wir wissen, wie man Ausschreitungen der Arbeiter mit Zuchthaus, solche der Unternehmer mit Gefängniß oder Geldstrafen belegt; wir wissen auch, dass es einem Arzte wohl erlaubt sein wird, sozialistisch zu wählen, nicht aber z. B. ein Hoch auf die sozialdemokratische Partei auszubringen, wenigstens dann nicht, wenn er sich schon vorher unliebsam gemacht hat. Solches ist der Achtung und des Vertrauens, welche der ärztliche Beruf erfordert, sicher unwürdig. Wir kennen den verflochtenen Fall Stadthagen und den kommenden Fall Arons; wir kennen Herrn Bosse und seine etwaigen Nachfolger, wir kennen alle seine Gesinnungsgenossen und Nachbeter. Wir haben auch das angebrachte Maass von Vertrauen zu den vom Könige berufenen zwei Aerzten der zweiten Instanz der Ehrengerichte und zu dem Herrn Ministerialdirektor als Vorsitzenden des Gerichts; wir zweifeln auch nicht, dass von den vier anderen Aerzten, die von dem Aertzekammer-Ausschuss aus Mitgliedern desselben gewählt werden, gerade dann, wenn es sich um das patriotische Werk handeln wird, einen missliebigen „Kollegen“ seinem wohlverdienten Geschick zu überantworten, wenigstens zwei unser Vertrauen dadurch zu rechtfertigen wissen werden, dass sie in wohlwollendster Weise nach der Regierungsseite hin umfallen. Wir zweifeln auch nicht, dass die Regierung von ihrem Berufsrecht gegen das Urtheil der ersten Instanz wegen politisch Missliebiger niemals Gebrauch machen wird.

Ferner ist ja diejenige Strafe, welche unseres Erachtens nach zur besseren patriotischen Erziehung am geeignetsten ist, der gänzliche Ausschluss aus dem Aertzestande, in dem Gesetze garnicht vorgesehen. Diese Glimpflichkeit des Herrn Ministers und der wohlwollenden, kollegialen Aerzte ist aber freilich wieder einmal den renitenten Reichseinrichtungen zu verdanken, indem nach § 53 der Reichs-Gewerbe-Ordnung der Ausschluss nur aus den dort angeführten Gründen verhängt werden kann. Wir möchten aber vorschlagen; demnächst diesen Paragraphen zu ändern oder aber die Aerzte aus der Gewerbe-Ordnung herauszuheben. Da ein so triftiger Grund dazu vorliegt, warum sollte der Herr Minister nicht weiter den dringenden Wünschen der Aerzte wohlmeinend entgegenkommen?

Ueber die angeblichen Verletzungen der Pflichten des Berufs durch die Aerzte dürfen wir getrost hinweggehen. Das Publikum weiss kaum etwas davon; sie mussten konstruirt werden, um dem Gesetz doch eine plausible Unterlage zu geben.

In den Kreisen der Aerzte angefochten wird auch § 2, welcher besagt, dass die beamteten und Militärärzte den Disziplinargerichten der Aerzte

nicht unterstehen. Durch den Umstand, dass diese Aerzte ja allerdings auch Privatpraxis treiben und also als Konkurrenten der Privatärzte auftreten, liegt in diesen Paragraphen thatsächlich eine gewisse spezielle Unbilligkeit dieses ja schon im Ganzen durchaus unbilligen Gesetzes; doch können wir uns darüber weniger aufregen, weil diese eximirten Aerzte thatsächlich ja den staatlichen oder militärischen Disziplinargerichten unterstehen, und wir dieser Sache im Vergleich zu den oben besprochenen Punkten eine recht geringe Bedeutung beilegen.

Der reaktionäre Charakter dieses Gesetzes wird noch deutlicher, wenn man es mit den bereits bestehenden analogen Gesetzen in Bayern, Sachsen, Baden u. s. w. vergleicht, welchen Wesentliches von den Härten des preussischen Gesetzes fehlt, die einen weit demokratischeren Zuschnitt haben und nicht entfernt so leicht zu politischen Zwecken missbraucht werden können. Genauer darauf einzugehen, würde zu weit führen.

Um über die Wirkung eines solchen Gesetzes und die geringe Nothwendigkeit desselben wenigstens einen zahlenmässigen Beleg zu geben, sei erwähnt, dass im Kammergerichtsbezirk im verflossenen Berichtsjahr erst immer auf 31 oder 32 Anklagen eine Verurtheilung oder Rüge kam. Die ausserberuflichen Vergehen, derentwegen die Anklagen gegen Rechtsanwälte erhoben wurden, sind nach einem von Dr. Cnyrim¹⁾ in Frankfurt a. M. aufgestellten Auszug von geradezu lächerlich unwichtiger Natur. Das haben sich nun die Aerzte selbst ganz unnöthiger Weise eingebrockt, und dafür werden sie bei all den vielen in Aussicht stehenden ergebnisslosen Klagen wahrscheinlich noch ganz erhebliche Umlagen zu zahlen haben, ebenfalls nach dem Willen des Gesetzes.

Die Ehrengerichte der Anwälte, die, wie sich nach Obigem denken lässt, ebenfalls vielfach lästig fallen und selbst auch ziemlich unnöthig sind, lassen sich gegenüber den ärztlichen immerhin noch rechtfertigen wegen der ganz anders gearteten, öffentlichen Berufsausübung und wegen der hier vielfach vorhandenen Gelegenheit zur Korruption. Die Gründe der Aerzte aber sind fast durchgängig haltlos, und die einzelnen hier möglichen Vergehungen sind entweder lächerlich nichtiger Natur oder liessen sich durch einige in die Gewerbe-Ordnung oder das Strafgesetz einzuschaltende Bestimmungen oder mit daselbst bereits vorhandenen, so beispielsweise über den unlautern Wettbewerb, leicht ohne den Apparat der Ehrengerichte erledigen. Wenn dieselben ja einen materiell-praktischen Zweck haben, so ist es der, den wirthschaftlich Starken gegen die Schwachen beizustehen. Denn die unvermögenden, dürftigen Aerzte werden sich eher einmal zu einer Standesverletzung verleiten lassen, als die begüterten und mit Praxis gesegneten. Die letzteren haben in dem Ansehen, das ihnen ihre gut begründete Existenz verleiht, in ihren Beziehungen, in ihren finanziellen Mitteln etc. sehr viel Macht, die sie vor der Anwendung von Maximen, die nicht ganz fair sind, schützt, und die ihnen nun noch durch die Ehrengerichte selbst wieder geschützt wird.

Für die Armen aber, die ohne Vermögen und Protektion auf eigenen Füßen stehen sollen, wird der wirthschaftliche Kampf und die Sorge um

¹⁾ Berliner Aerzte-Correspondenz 1899, Nr. 6.

eine Existenz, um das blossе Leben durch solche Einrichtungen nur erschwert und verleidet. Es ist der reine Hohn! Wahrlich, diese Ehrengerichte thaten den Aerzten am meisten noth! Sie, die in ihrer grossen Mehrzahl ihren so schwierigen, mühseligen, verantwortungs- und gefahrvollen Beruf unter den ungünstigsten Verhältnissen, unter dem Undank und der Verständnisslosigkeit des Publikums, bei meist miserablern Entgelt und bei stets grossen Honorar-Ausfällen — denen gegenüber ihnen keinerlei besonderer Schutz gewährt wird — auszuüben haben, immer im Kampfe mit Anderer Noth, Krankheit und Gefahr, und zugleich mit den eigenen Sorgen und Entbehrungen; ihnen soll nun noch das Gespenst der Ehrengerichte aufgehängt werden. Es verdient für alle Zeiten besonders vermerkt zu werden, dass das Erste, was man den nach Brod schreienden, hungrigen — andererseits um Erleichterung stöhnenden, gequälten Aerzten verabreicht hat — die Peitsche war! Was man ihnen nicht gegeben hat und nicht geben wird, was man ihnen auch nicht geben kann, oder doch nicht in zulänglichem Maasse, das ist eine wirkliche ökonomische und damit eine sittliche Hebung des Standes. Was die Gesellschaft in dieser Hinsicht an den Aerzten gethan haben wird, das hat sie an sich selbst gethan!

Bäuerliche Barbaren.

Von
Eduard David.
(v ainz.)

Eine Blüthe, die im Sumpf wurzelt — nennt Karl Kautsky in seinem neusten Buch über die Agrarfrage den Aufschwung, den die bäuerlichen Kleinbetriebe nach Ausweis der Zählung von 1895 genommen haben. Ein fern ab vom Politischen wandelndes harmloses Botanikergemüth könnte meinen, Kautsky habe mit diesem Bild das Wachstum jener Betriebe an Zahl und Gesamtfläche als ein besonders gesundes und kräftiges kennzeichnen wollen: 107 110 Betriebe und 659 258 Hektar Areal innerhalb 13 Jahren mehr ist ja auch kein Pappenstiel. Das lässt sich schon mit dem frühlings-fröhlichen Gedeihen der goldgelben Sumpfdotterblume am Bachrand, im feuchten Wiesengrund, vergleichen.

Aber so hat es Kautsky nicht gemeint. Der Sumpf, aus dem die Bauernschaft ihre Lebenskraft zieht, ist der Sumpf „übermenschlicher Arbeit und untermenschlicher Lebensweise“. Das kann auf die Dauer natürlich nicht gut thun, und die kapitalistischen Konkurrenten der kleinen Bauern, die Grossgrundbesitzer, würden diesem wirtschaftstechnischen und sozialen Skandal längst ein Ende gemacht haben, wenn sie nicht in eine noch schlimmere Misere gerathen wären, wie ihre kleinen blaukitteligen Brüder. Die kapitalistische Landwirthschaft nämlich wurzelt am Ende des XIX. Jahrhunderts in einer „Sackgasse, aus der sie durch eigene Kraft auf der gegebenen sozialen Grundlage nicht heraus kann“. Die Katze, die programmässig die kleinbäuerlichen Mäuse hätte auffressen sollen, ist also gefangen, und da die letzteren bekanntlich nicht faul sind, so benutzen sie die günstige Situation und nagen der Katze das Fleisch von den Knochen. Das ist eine ganz verflixte Geschichte!

Was ist da zu thun? Nichts, rein garnichts! Man kann doch der Katze nicht befspringen. Das wäre unsozial und würde einen sehr schlechten Eindruck

machen, und — dem Schwachen ist sein „Stimmchen“ auch gegeben. Andererseits kann man aber auch nicht die Partei der Mäuse mit gutem Gewissen ergreifen. Denn die Landwirtschaft ist „zu einem der revolutionärsten, wenn nicht dem revolutionärsten der modernen Gewerbe geworden“, der bäuerliche Kleinbetrieb aber ist „der irrationellste Betrieb, der sich denken lässt“. Ihn erhalten und fördern zu wollen, hiesse dem Rad der Zeit, statt es an der Stirnlocke zu fassen, in die Zügel fallen. Das hiesse von der Plattform des strenggläubigen Marxismus hinabgleiten in den Sumpf reaktionärer Wirtschaftspolitik, ein Sumpf, der noch viel sumpfiger ist als der, in dem die Blüthe der Bauernschaft wurzelt!

Also lassen wir lieber gehen, wie Gott gefällt. Im Zukunftsstaat wird sich schon Alles finden. Das ist der Weisheit letzter Schluss, zu dem Genosse Kautsky in seinem umfangreichen Buche gelangt.

Es ist hier nicht meine Absicht, dieses Buch in seinen theoretischen Fundamenten und dem ganzen Komplex seines Für und Wider zu untersuchen. Dafür ist eine raumbeschränkte Zeitschrift nicht der Platz. Es soll in anderer Form geschehen.

In Folgendem möchte ich nur der von Kautsky gegebenen Zeichnung des rückständigen Kleinbauern das Bild eines modernen Kleinbauern gegenüber stellen. Es gibt nämlich auch einen solchen Typus; und der zeigt als Wirtschaftler und Mensch so wesentlich verschiedene Züge von dem verlumpten Halbbarbaren, der uns in dem Kautskyschen Buche entgegentritt, dass es sehr nützlich ist für Alle, die praktische Landagitation treiben wollen, sich auch mit ihm etwas näher bekannt zu machen. Andernfalls würden sie Gefahr laufen, sich gelegentlich gründlich zu blamiren, trotz der genauen Kenntniss des Rattenkönigs von Tendenzen und Gegentendenzen, als welche sich Kautskys Agrarfrage darstellt; womit ich übrigens keineswegs von dem Studium seines Buches abschrecken möchte, denn es ist dessungeachtet ein tüchtiges Werk, das jedenfalls zum Nachdenken anregt.

Genosse Kautsky geht von der Voraussetzung aus, dass der kleinbäuerliche Betrieb garnicht rationell sein könne; dass die Fortschritte der landwirtschaftlichen Technik und Wissenschaft für ihn so gut wie nicht vorhanden seien. Moderne Maschinerie, chemischer Dünger, Bodenverbesserung, rationelle Fruchtwechselfolge, Verbesserung des Saatguts und der Viehschläge, Organisation der Verwerthung und des Kreditwesens, — all das scheint ihm ein Privilegium der kapitalistischen Grosslandwirtschaft, von dem für den kleinen Bauern allenfalls einige bescheidene Brosämlein abfallen, die aber ganz unzureichend sind, um den Kleinbetrieb auf die betriebstechnische Leistungsfähigkeit zu heben, die der Grossbetrieb aufweist.

Wäre diese Voraussetzung richtig, so müsste sie sich eigentlich in der landwirtschaftlichen Ernteertrags-Statistik insofern widerspiegeln, als die Durchschnittserträge in den vorwiegend kleinbäuerlichen Gebieten ganz bedeutend hinter den Erträgen der Gebiete mit dominirendem Grossgrundbesitz zurückblieben. Stellen wir also einmal die Durchschnittserträge der Jahre 1886—1895 für Ostelbien (Ost- und Westpreussen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien) denen der südwestdeutschen Kleinbauernländer: Württemberg, Baden und Hessen gegenüber, und nehmen wir aus besonderen Gründen noch das Königreich Sachsen hinzu. Zur Veranschaulichung der landwirtschaftlichen Struktur dieser Gebiete mögen die Prozentsätze dienen, mit denen die Klein-, Mittel- und Grossbetriebe an der landwirtschaftlich benutzten Fläche theilhaftig sind. Dann ergibt sich folgendes Bild:

	Von 100 ha landwirthschaftl. Flächen entfallen auf die Grössenklasse			Pro Hektar werden geerntet in Doppelzentnern (= 100 kg)			
	unter 20 ha	20—100 ha	über 100 ha	Roggen	Weizen	Kartoffeln	Wiesenheu
Ostelbien . . .	28,31	28,60	43,26	8,6	12,6	79,1	19,2
Württemberg .	78,03	19,83	2,14	11,4	12,7	93,0	40,4
Baden	84,38	12,56	3,06	11,9	12,4	84,6	41,0
Hessen	83,34	11,77	4,89	16,0	16,3	107,3	36,7
Sachsen	55,50	30,43	14,70	14,4	19,1	108,0	29,8

Diese Zahlen verkünden nichts weniger als eine überlegene Leistungsfähigkeit der ostelbischen Grossbetriebe. Die südwestdeutschen Kleinbetriebsgebiete weisen einen ganz erheblichen Vorsprung auf. Man betrachte besonders Hessen! Aber auch Württemberg und Baden sind, abgesehen vom Weizenbau, in welchen sie etwa das Gleiche leisten, den Ostelbiern weit voraus. Diese grössere Leistungsfähigkeit der Kleinbauerngebiete mag sich zum Theil aus dem bessern Boden erklären; aber sicherlich nur zum Theil. Denn es ist nicht zu vergessen, dass es auch in Hessen, Baden und Württemberg sehr viel schlechtes gebirgiges Gelände giebt, das immer noch mit Körnerfrüchten bestellt wird. Und in Ostelbien fehlt es auch nicht an sehr gutem Land; Gebirgsgegenden giebt es ausser einem kleinen Theile von Schlesien überhaupt dort nicht.

Die südwestdeutsche Kleinbauernwirtschaft ist eben eine sehr intensive und leistungsfähige Betriebsart; nicht durchweg — es giebt auch dort zurückgebliebene Bezirke — aber zum grössten Theil. Wenn selbst Sachsen, das sich rühmen darf, die kapitalintensivste Landwirthschaft zu haben, die hessischen Erträge nur im Weizenertag erheblich zu überholen vermag, im Roggen- und Heuertag dagegen stark zurückbleibt, so zeigt das am besten, wie rückständig die Vorstellung von der allgemeinen Rückständigkeit des bäuerlichen Betriebes ist.

Dass die landwirthschaftliche Maschinerie nicht in gleichem Masse den kleinen Betrieben zugänglich ist wie den grossen, liegt auf der Hand. Allein erstens spielt die Maschinerie in der Landwirthschaft überhaupt nicht annähernd die Rolle wie in der gewerblichen Produktion, aus Gründen, die ich hier nicht erörtere. Und zweitens sind die relativ wichtigsten Maschinen, auch dem kleinern Betrieb zugänglich. Für die Dampf- und sonstigen Dreschmaschinen giebt das ja auch Kautsky zu; ihre Anwendung wird von Jahr zu Jahr allgemeiner auch in den Kleinbetrieben. Wenn aber Kautsky behauptet, dass „abgesehen von der Dreschmaschine, eine Anwendung von Maschinen im Kleinbetrieb kaum zu bemerken sei,“ so ist das nicht richtig.

Von den bei der Betriebszählung 1895 erfragten Maschinen ist vor allen noch die Drillmaschine (Reihensaat-Maschine) als eine zum Mindesten den Betrieben von 5—20 Hektar, und, soweit sie ebenen Getreideboden haben, auch noch kleineren Betrieben, allgemein zugängliche Maschine zu bezeichnen. Der Prozentsatz der Kleinbetriebe, die sie heute bereits verwenden, ist freilich noch gering, aber man braucht nur die hohen absoluten Zahlen und die von 1882 bis 1895 gemachten Fortschritte zu betrachten, um die Frage nach ihrer allgemeinen Verwendungsmöglichkeit zu bejahen. Das zeigt folgende Uebersicht. Es verwendeten Säemaschinen:¹⁾

¹⁾ Bei der 1882er Zählung war nur nach Säemaschinen gefragt; im Jahre 1895 dagegen wurde nach breitwürfigen und Drill-Säemaschinen getrennt gefragt. Wir müssen den 1882er

Grössenklasse	Zahl der Betriebe		Zunahme
	1882	1895	
unter 2 ha	4 807	14 949 (214)	10 142
2—5 „	4 760	13 639 (551)	8 879
5—20 „	15 980	52 003 (3 252)	36 023
zusammen	25 547	80 591 (4 017)	55 044
20—100 „	22 975	61 943 (12 091)	48 968
100 ha und mehr	15 320	26 931 (12 565)	11 611

Die Behauptung, dass die Anwendung anderer als Dreschmaschinen im Kleinbetrieb kaum zu bemerken sei, widerlegt sich aus diesen Zahlen für die Drillmaschine jedenfalls von selbst.²⁾ — Dabei ist nicht zu vergessen, dass ein grosser Theil der Kleinbetriebe, wegen ihrer den Körnerbau ganz oder fast ganz vermeidenden Betriebsrichtung, diese Maschine überhaupt nicht nöthig haben; ein Grund, der bei den von Kautsky gegebenen Prozentsätzen zu berücksichtigen ist.

Auch von der Mähmaschine kann nicht gesagt werden, dass sie dem Kleinbetrieb ganz unzugänglich sei. Im Jahre 1895 verwendeten sie bereits 6746 Betriebe von 5—20 ha. Diese und noch andere nicht erfragte Maschinen könnten jedenfalls auf genossenschaftlichem Wege den Klein- und Mittelbauern in noch viel höherem Maasse zur Verfügung gestellt werden, als dies zur Zeit bereits geschieht. Die Art, wie das gemacht wird, zeigt ein von der Mayfarthschen Maschinenfabrik (Frankfurt a. M.) ihrem Katalog angehängter Statutenentwurf für genossenschaftliche Beschaffung und Benutzung landwirthschaftlicher Maschinen. Zur Orientirung ist folgender Tarif beigefügt, wie er in einzelnen Genossenschaften eingeführt ist:

No.	Instrumente	Leihgeld pro 1/2 Tag Pf.
1	Schottische Egge	20
2	Hack- und Häufelpflug	25
3	Böhmische Wiesenegge	25
4	Ringel- oder Cambridge-Walze	30
5	Untergrundpflug	25
6	Drill- oder Breitsäemaschine	60
7	Exstirpator	25

Zahlen also die Gesamtzahlen beider Arten aus dem Jahre 1895 gegenüberstellen; die relativ geringe Zahl der Betriebe, die die übrigens viel weniger wichtige Breitsäemaschine verwenden, setzen wir in Klammern unter die Gesamtzahlen.

²⁾ Dies bestätigend, berichtet z. B. H. Franz in den Berichten des Vereins für Sozialpolitik (Bäuerliche Zustände in Deutschland, Band I, pag 106) aus dem Weimariischen Kreise: „Die Drillmaschine ist in wohlhabenden Lagen als eingebürgert zu bezeichnen, und dringt selbst schon in Wirthschaften von 30—40 Acker herab, indem landwirthschaftliche Vereine solche beschaffen und in irgend einer Form in Betrieb setzen.“

Als weitere zur gemeinschaftlichen Benutzung geeignete Maschinen werden dort noch genannt: Oelkuchenbrecher, Trieur, Cribleur, Düngerstreuer und Viehwaage. — Trieur und Viehwaage werden übrigens vielfach durch die Gemeinde der allgemeinen Benutzung zugänglich gemacht.

In viel höhern Maasse aber als die Maschinerie sind die übrigen Fortschritte der modernen Landwirtschaft in die kleinbäuerliche Betriebsweise eingedrungen. Um dies zu veranschaulichen, will ich eine der gründlichsten und interessantesten Monographien, die über bäuerliche Verhältnisse neuerdings geschrieben worden sind, etwas ausführlicher sprechen lassen. Sie betrifft die drei Ortschaften Hagsfeld, Blankenloch und Friedrichsthal, die 4—14 qm von Karlsruhe entfernt in der badischen Hard liegen.³⁾ Der Verfasser, der Statistiker Dr. Moriz Hecht-Karlsruhe, ist in Blankenloch aufgewachsen, vereinigt also mit der theoretisch-fachmännischen Schulung, unmittelbarste Kenntniss von Land und Leuten. Statten wir also unter seiner Führung diesen drei „freundlichen Dörfern, mit breiten, reinlichen, zum Theil auch gepflasterten Strassen, mit hübschen, rebenumrankten Häuschen“ einen Besuch ab.

Das Karlsruhe zunächst liegende Hagsfeld ist kein eigentlicher Bauernort mehr; zwar betreiben die 300—400 in Karlsruhe beschäftigten Arbeiter fast alle noch nebenbei Landwirtschaft (Brodgetreide und Kartoffeln), aber ausschliesslich von der Landwirtschaft leben nur noch 9 Familien. Dieser Ort interessirt uns also für die vorliegende Frage weniger.

Von den 1684 Einwohnern Blankenlochs dagegen gehen nur ca. 103 Arbeiter (darunter nur 21 verheirathete Männer) bezw. Arbeiterinnen den Tag über nach Karlsruhe arbeiten. Es ist also ein noch vorwiegend landwirthschaftlicher Ort. Fast rein landwirthschaftlich ist Friedrichsthal zu nennen, eine im Jahre 1700 angesiedelte, damals 70 jetzt 1140 Seelen zählende wallonische Kolonie.

Die Bevölkerungsdichtigkeit ist eine sehr grosse und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt gestiegen. Im Anfang dieses Jahrhunderts kamen auf 1 Hektar der Gemarkung in Hagsfeld 1,2, in Friedrichsthal 2,8 Personen — heute: in Hagsfeld 3,2, in Friedrichsthal 4,5 und in Blankenloch 2,3 Personen, also weit über den Reichsdurchschnitt, der 0,83 Personen pro Hektar beträgt.

Die Besitzverhältnisse sind durchweg klein- und zwergbäuerliche. Die durchschnittliche Besitzfläche einer bäuerlichen Wirtschaft (bestehend aus 5—7 Personen) ist in den drei Dörfern 1—3 ha; und zwar in Hagsfeld 2 ha, in Blankenloch 2,5 ha und in dem reinbäuerlichen Friedrichsthal sogar nur 1,8 ha. — Einen Grundbesitz von 9 ha erreicht nur ein einziger Landwirth in Blankenloch. Nur 18 Familien in allen drei Dörfern zusammen haben einen Besitz von 4—6 ha. Alle anderen besitzen weniger. Durch Zupachtung aus Nachbargemarkungen vergrössern eine Anzahl ihre Betriebsfläche um $\frac{1}{4}$ —1 ha; trotzdem bleiben sie natürlich immer noch echte und rechte Kleinbauern. Gar kein Land besitzen nur sehr wenige Familien (in Hagsfeld 14, in Blankenloch 7, und in Friedrichsthal 8). — Der Boden ist ein leichter Sandboden mit Rheinkies-Untergrund, so dass Obstbäume nicht gedeihen und starke jährliche Düngung erforderlich ist, um dauernde Erträge zu erzielen.

Na, muss dass ein Spott von Landwirtschaft sein, wird da Mancher denken, und was müssen die armen Teufel für ein Hundeleben führen! — So

³⁾ Moriz Hecht: Drei Dörfer der badischen Hard. Leipzig. 1895.

ganz arme Teufel sind diese Zwergbesitzer aber doch nicht, wenn man ermisst, dass der Durchschnittspreis für den Hektar Ackerland in Hagsfeld 4200—4400 Mk., in Blankenloch 4800—5000 Mk. und in Friedrichsthal 9—10000 Mk. beträgt. Im Jahre 1893 wurde sogar ein Hektar allerdings guten Landes mit 10 900 Mk. bezahlt. Wer da also 2—3 ha sein eigen nennt, besitzt schon ein ganz nettes „kleines Vermögen“.

Was bauen denn aber die Leute, um solche Summen zu verzinsen und obendrein noch, wie wir sehen werden, einen ganz respektablem standard of life zu behaupten? — In dem Industriedorf Hagsdorf werden 42 % der Fläche mit Kartoffeln bestellt; daneben Brodgetreide und Gerste, Gemüse, Futterpflanzen etc. — In Blankenloch nehmen die Kartoffeln 17 %, das Getreide (häufig Weizen und Gerste) 47 % in Anspruch; ausserdem werden mit Speisemöhren 10,4 % angebaut und eine ebenso grosse Fläche mit Tabak. — In Friedrichsthal steht der Tabak mit 45 % der Anbaufläche an erster Stelle; daneben werden 30 % mit Kartoffeln und 18 % mit Getreide (Weizen) angebaut.

Der in früheren Jahren gepflegte Anbau von Krapp, Flachs, Hanf ist, wie die Pferdezucht, mit den veränderten Marktverhältnissen in die Binsen gegangen, und mit dem Sinken der Getreide- und Tabakpreise haben Versuche mit Zwiebel- und Spargelbau begonnen. Die Geschichte bewegt sich also.

Und nun die Erträge!

Die Kartoffeln, um die es sich hier handelt, sind keine Schnapskartoffeln, sondern feine und feinste Speisekartoffeln, die zum Theil im Juni-Juli zu 4 Mk. pro Zentner in Karlsruhe, Pforzheim etc. auf den Markt gebracht werden. Der durchschnittliche Ertrag pro Hektar stellt sich auf 120 Doppelzentner; auf besten Böden in guten Jahren auch auf 150—160 Doppelzentner. Der Durchschnittsertrag im Deutschen Reich betrug in den Jahren 1885—1894: 87,8 Doppelzentner. Das ist ein Unterschied! — Sofort nachdem die Frühkartoffeln aus der Erde sind, werden Rüben etc. eingepflanzt, was auch nach anderen Frühkulturen geschieht, damit der Boden immer etwas zu thun hat.

Von den Speisemöhren (gelbe Rüben) werden pro Hektar durchschnittlich 330 Doppelzentner gewonnen; der Bruttoertrag berechnet sich dabei auf 1320 bis 1350 Mk.

An Tabak erzielten die Friedrichsthaler pro Hektar im Durchschnitt der Jahre 1880—1894: 26 Doppelzentner; in guten Jahren auch 33 Doppelzentner. Zur Erläuterung des Geldertrags diene folgendes Beispiel: 1893 löste in Friedrichsthal ein Mann von mittlerem Fleiss und Intelligenz auf einem Acker von 1,05 ha für Obergut 1304,60 Mk., Sandblätter 204 Mk., Gruppen 67 Mk., Nachtabak 250 Mk., macht zusammen: 1825,60 Mk. Zieht man die Kosten für Dünger, Abnützung des Tabakschuppens und Garn ab, so bleibt ein Nettoertrag von 1040 Mk., der sich in 350 Mk. Rente und 690 Mk. Arbeitseinkommen spaltet. — Da der Mann im Ganzen 2,5 ha besitzt, ausserdem Milchkühe und Schweine im Stall hat, so mag sich der Leser das Gesamteinkommen dieses „rückständigen Kleinbauern“ abschätzen.

Der Getreidebau warf in Hagsfeld und Blankenloch durchschnittlich 20—23 Doppelzentner Roggen, Weizen oder Gerste pro Hektar ab. (Reichsdurchschnitt bezw. 10,5, 14,0 und 13,3 Doppelzentner!) Der Friedrichsthaler, der das Getreide als Wechselfrucht auf seinem noch viel besser bearbeiteten und gedüngten Tabakboden baut, rechnet pro Hektar sogar einen Ertrag von

25—28 Doppelzentner Weizen oder Gerste; also das Doppelte des Reichsdurchschnitts. — Damit vergleiche man auch die oben gegebene Uebersicht der Erträge in dem kapitalistischen Sachsen!

Das hier Gesagte dürfte den als allgemeine Wahrheit von Kautsky vom Stapel gelassene Satz: „dass der bäuerliche Betrieb dem Grossbetrieb gegenüber sich nicht auf seine höheren Leistungen, sondern auf seine geringeren Ansprüche stützt“, doch in ein etwas zweifelhaftes Licht rücken. Die von Kautsky verspottete Behauptung des Agrarökonomen Sering: „Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, dass schlechterdings jeder Zweig der Bodenkultur im mittlern und kleinern Betrieb ebenso rationell wie im grossen betrieben werden kann, ja, dass ganz im Gegentheil zur industriellen Entwicklung, die fortschreitende Intensität der Bodenkultur dem kleinern gegenüber dem Grossbetrieb ein sehr wesentliches Uebergewicht verleiht“, — ist jedenfalls richtiger als ihr Gegentheil. — Ich gehe nicht so weit wie Sering. Hinsichtlich des Getreidebaues in der weiten Ebene, dürfte mit der fortschreitenden Maschinenteknik (Dampfpflug) der Grossbetrieb einen Vorsprung erlangen, den der Kleinbetrieb nicht einholen kann — auf rein technischem Wege wenigstens nicht. Aber für alle vorzugsweise arbeitsintensiven Kulturen ist der Kleinbetrieb zweifellos der rationellste.

Der Blankenlocher Bauer verwendet nach Hecht, bestes, chemisch auf seine Reinheit geprüftes Saatgut; die Dampf-Dreschmaschine ist zwar noch nicht allgemein im Gebrauch, aber eine durch den landwirthschaftlichen Konsumverein angekaufte Getreidereinigungsmaschine steht den Mitgliedern zur Verfügung.

Ebenso wird eine von dem gleichen Verein angekaufte Wiesenegge benutzt und die Wiesen werden fleissig mit Kalisuperphosphat gedüngt. Ertrag an Heu (und Grummet) pro Hektar 50—60 Doppelzentner, bei Bewässerung 70—80 Doppelzentner. — Reichsdurchschnitt: 28,6 Doppelzentner. Ein kleiner Unterschied! Wie?

Die Verwendung von Kunstdünger (Chilisalpeter, Guano, Kalisuperphosphat etc.) schätzt Hecht für Blankenloch und Friedrichsthal auf je 3000 Mk., für Hagsfeld auf 1000 Mk. jährlich. Ausserdem kaufen die drei Gemeinden aus Karlsruhe für ca. 33 000 Mk. Dung und Gülle. Das Alles holen sie wieder heraus.

Was die Viehhaltung anlangt, so stehen in Blankenloch und Friedrichsthal je 2—3 Stück, und in Hagsfeld 1—2 Stück Rindvieh in jedem Stall. Hagsfeld und Blankenloch liefern grosse Quantitäten frischer Milch in die Stadt. In Friedrichsthal ist auf Veranlassung des dortigen Konsumvereins eine Genossenschaftsmolkerei gegründet worden, die täglich 7—800 Liter Milch zu Butter verarbeitet. Ausserdem wird eine aufblühende Schweinezucht mit Ferkel- und Mastschweinverkauf betrieben. An Kraftfuttermitteln (Malz, Oelkuchen etc.) kauft auch der kleinste Mann in Blankenloch und Friedrichsthal für 30—100 Mk. jährlich zu. Der Werth der Einfuhr an Kraftfuttermitteln wird für die drei Dörfer zusammen auf 40 000 Mk. veranschlagt.

Unsere Hardbauern stecken also schon mitten in der reinen Geldwirthschaft drin, und — wunderbar! — sie sind daran nicht zu Grunde gegangen. Kautskys Prophezeiungen zum Hohn! Sie bekommt ihnen sogar sehr gut, und alles überschüssige Geld — sie haben nämlich öfters solches — wird sofort zinsbringend bei öffentlichen Kassen eingelegt. Nur in Blankenloch giebt es noch Leute, die den guten alten Strumpf als Aufbewahrungsort vorziehen.

„Die drei Dörfer produziren heute für den Weltmarkt und tauschen Produkte des Weltmarkts dafür ein“, sagt Hecht. Der erste Theil dieses Satzes ist bereits illustriert, die Veranschaulichung des zweiten Theils führt uns zur Skizzirung der Lebenshaltung dieser modernen Kleinbauern.

Sie wird versüsst durch 670 Doppelzentner Zucker im Werth von 45—50 000 Mk. die jährlich in den drei Dörfern konsumirt werden; macht pro Kopf 17 kg (8,2 kg in Deutschland)! — Die Einfuhr an Kaffee betrug ca. 145 Doppelzentner, im Werth von ca. 60 000 Mk., macht 3,5 kg pro Kopf gegen 2,41 kg im Reich.

Die Kleidung ist modern geworden; für die mittlere Familie berechnet Hecht den Konsum an Schuhwerk auf 70—80 Mk., den für Kleider auf 100—120 Mk. jährlich.

Das Frühstück besteht durchweg aus Kaffee mit Milch und Zucker, dazu frische Semmel. Tout comme chez nous! Der Kaffee ist zumeist reiner Bohnenkaffee. — Zwischen 9—10 Uhr ein häufig aufs Feld mitgenommenes zweites Frühstück: Brod mit Wurst, Fleisch oder Käse; im Sommer dazu gewöhnlich Apfelmast. — Zum Mittagessen giebt's Suppe, Gemüse oder Salat, und in den „wohlhabenden“ Familien (3—4 ha Besitz) 5—6 mal, in den ärmeren 3—4 mal wöchentlich Fleisch. Am Sonntag acceptirt der Friedrichsthaler nur Kalb- oder Ochsenfleisch. „Vor Weihnachten schlachtet fast jede Familie in Blankenloch und Hagsfeld ein Schwein, reichere wohl auch zwei, um für die Winterzeit mit nöthigem Fleisch versehen zu sein; im Sommer wird dann Fleisch beim Metzger gekauft. In Friedrichsthal schlachtet jede Familie zwei, oft drei oder vier Schweine und dörrt das Fleisch für den Sommer.“

„Einen grossen Fortschritt zeigen die Wohnungsverhältnisse. Die alten, kleinwinklichen und niedrigen Häuschen verschwinden und neue, auch äusserliche hübsche Häuser treten an die Stelle.“ Meist sind die Häuser einstöckig und werden fast nur von einer Familie bewohnt; selbst in Hagsfeld ist, trotz der Nähe von Karlsruhe, das Schlafgängerwesen unbekannt. Die mittlere Wohndichtigkeit betrug nach der Volkszählung 1890 in Blankenloch und Hagsfeld 7,1 bezw. 7,6, in Friedrichsthal bloß 6,7 Personen pro Haus. Von ungünstigen Wohnungsverhältnissen kann also in den drei Dörfern nicht die Rede sein. Grosse Reinlichkeit ist Regel.

In Friedrichsthal und Hagsfeld hat jede Familie eine sogenannte „gute Stube“, in welche die Kinder überhaupt nicht gehen dürfen, und die der Bauer nur in Strümpfen betreten darf. In Blankenloch ist dieser Luxus noch selten. Ausgestattet ist sie fast durchweg mit einem Sopha; das giebt's auch in Blankenloch fast in allen Häusern. Vor demselben steht ein Ovalschisch mit gedrehtem Fuss; eine geschmackvolle Lampe, allerlei Nippsachen, Photographicalbum, Spiegel etc. vervollständigen die Ausstattung. Sogar Teppiche sind keine Seltenheit. Vorhänge sind an allen Fenstern. Tapezirte Wände sind in Hagsfeld und Friedrichsthal die Regel; nur in Blankenloch liebt man noch vielfach weiss oder blau getünchte Wände.

Goldene Eheringe werden immer allgemeiner; Schlittschuhe hat jeder Junge; Taschenuhren sind allgemein, und „Visitkarten hat bereits Jeder, der irgendwie Beziehungen zu Städtern hat“. Zu Neujahr 1894 wurden in Blankenloch allein 1200 Dreipfennigsmarken gekauft, um Gratulationskarten zu versenden. Das sind Kleinigkeiten, aber sie illustriren besser als anderes die „bäuerliche Barbarei“ inmitten unserer Zivilisation!

Auch die geistige Bildung geht nicht leer aus. Ausser religiösen Büchern und Schriften kommen in das kleine Friedrichsthal allein 76 politische Zeitungen in der Woche. Ausserdem sind Fürs Haus, Daheim, Gartenlaube vertreten, sogar die Modenwelt kommt in eine bäuerliche Familie.

Was speziell die landwirthschaftliche Fachbildung betrifft, so dienen ihr Blätter wie das Landwirthschaftliche Wochenblatt, Tabakzeitung, Praktischer Wegweiser etc. Ausserdem bringen landwirthschaftliche Wandervorträge, sowie vom Konsumverein angeregte Versuche stets neue Anregung. Bei Kartoffelausstellungen treten die Bauern mit zahlreichen Varietäten in Konkurrenz. „Der Erfolg dieser Erziehung gerade bei unseren Kleinbauern ist oft grösser als der Erzieher ahnt: keine grosse Zeitung theilt eben, wie beim Grossgrundbesitzer, mit, dass der Blankenlocher Zwergbauer bereits Versuche mit der Waldblatterbse macht, die im landwirthschaftlichen Wochenblatt empfohlen worden ist; oder dass auf Anregung desselben Blattes andere Zwergbauern Erde und Sägemehl als Streu benützen; Niemand erfährt, dass der Kleinbauer sich Zwiebelsamen aus einer hessischen Gärtnerei kommen lässt; kein Erntebericht macht Mittheilung, dass beim Sinken der Tabakpreise Versuche mit Anbau von Zwiebeln gemacht werden; — der Kleinbauer behält das für sich.“

Hecht fasst sein Gesamturtheil dahingehend zusammen: „Die Bevölkerung hat sich in diesem Jahrhundert in Blankenloch und Friedrichsthal verdoppelt, in Hagsfeld verdreifacht — aber der Wohlstand des Einzelnen und der Wohlstand der Gemeinde hat sich in noch rascherem Tempo vermehrt; die früher so einfachen Bedürfnisse haben sich vervielfältigt. Die gesammte Bevölkerung hat sich verfeinert.“

Ich habe diese, durch gewichtiges Zahlenmaterial gestützte, Darstellung deshalb so ausführlich gebracht, weil sie den modernsten Typus des westdeutschen Kleinbauernthums so vortrefflich von allen Seiten aus charakterisirt, dass auch der in rein städtischen Verhältnissen aufgewachsene Leser sich eine konkrete, der Wirklichkeit entsprechende Vorstellung daraus bilden kann. Ich weiss, wie schwer es hält, die in dieser Beziehung in Partekreisen bestehenden falschen Begriffe und Vorurtheile zu korrigiren. Es ist aber dringend nothwendig, dass es geschieht. Denn man glaube nicht etwa, dass die von Hecht geschilderten Verhältnisse seltene Ausnahmefälle bilden, die für die Gesamtlage und die Zukunft des landwirthschaftlichen Kleinbetriebs ohne Bedeutung seien.

Kautsky glaubt aus der relativ geringen Fläche, die die Anbaustatistik des Reiches als mit Handelsgewächsen bepflanzt anführt, einen Beweis herleiten zu können für die geringe Bedeutung der „vorläufig noch dem Kleinbetrieb günstigen Kulturarten“. Ohne hier auf die mit dem Worte vorläufig angedeutete falsche Meinung über die zukünftige Entwicklung mich einzulassen, weise ich nur darauf hin, dass die in der Statistik als Handelsgewächse aufgeführten Produkte ein viel zu enger Begriff sind. Der ganze feldmässig betriebene Feingemüsebau fällt bei dieser Statistik unter die Futterpflanzen.

Gerade der Gemüse-Spezialitätenbau aber bildet in mannigfacher Verschiedenheit schon heute die Unterlage zahlreicher Gemeinden. In meinem Wohnort Mombach (bei Mainz) z. B. wird gar kein sogenanntes Handelsgewächs gebaut, auch kein Wein, wohl aber Salat, Spargel, Erbsen, Bohnen, feine Kohlarten, Gurken, Tomaten, Lauch, Sellerie etc. Hauptspezialität ist der Winter-

kopfsalat, der im April und Mai waggonweise ins Land geht. Was rationellen Betrieb und Lebeschaltung anlangt, so stehen die Mombacher Landwirthe (durchweg Zwerg- und Kleinbesitz) in keiner Weise den geschilderten Hardbauern nach.

Es liegt aber auf der Hand, dass unsere ganze wirthschaftliche Entwicklung durch Steigern der Konsumkraft für die Feingemüse-Produkte, sowie durch Verbesserung der Verkehrs- und Transporteinrichtungen, diese Betriebsrichtung begünstigt. Das Gleiche gilt für die auf Frischmilch-, Butter-, Fleischproduktion zugespitzten Bauernbetriebe. Kautsky entdeckt ja sonst alle möglichen Entwicklungs-Tendenzen, warum übergeht er gerade diese, deren Tragweite doch so sehr in die Augen springt?

Die von ihm beliebte Methode, einige Elendsbilder, aus dem Rhöngengebirge oder dem Spessart, vom hohen Taunus oder dem rauen Hunsrück, zusammenzutragen, und daraus dann einen Schluss auf die Lage der Kleinbauernschaft im Allgemeinen zu ziehen, ist ein durchaus verfehltes Verfahren. Das führt dann allerdings zu einem Bild „schmutzigster, entwürdigendster Noth“. Dem gegenüber ist es nothwendig, sich auch die Gegenstücke wie das oben gegebene vorzuführen, um wieder die richtige Mitte als Durchschnittsbild zu gewinnen.

Und dann, zum Schluss, noch eins: Es ist ganz falsch, zu glauben, dass unsere Bauernschaft im Allgemeinen heute schlechter lebe wie früher. Wie die bäuerliche Wirthschaft, so ist auch die Lebenshaltung ein einem ganz unverkennbaren Fortschritt begriffen. „Dass der Wohlstand im Allgemeinen in den letzten Jahren zugenommen hat, wird von allen Seiten behauptet und mit Thatsachen belegt“, sagt der Berichterstatter über die bäuerlichen Verhältnisse in der Pfalz in den Berichten des Vereins für Sozialpolitik, und er führt dann eine Reihe solcher Mittheilungen auf. Es wäre mir ein Leichtes, ähnliche Belege für andere Gegenden zu erbringen.

Der Kleinbauer ist kein reicher Mann, und er lebt nicht wie die Vornehmen in Stadt und Land; die soziale Frage gilt auch für ihn, und seine Zukunft muss schöner sein als seine Gegenwart. Das ist selbstverständlich. Aber andererseits mache man sich auch keine falschen Vorstellungen von seiner fachmännischen „Rückständigkeit“ und seiner sozialen „Barbarei“. Sonst wird man, wenn man zu den Leuten hinauskommt, einfach ausgelacht.

Kapitalismus und nationale Frage in Polen.

Von

Zofia Daszyńska.

(Krakau.)

Die Verbindung von zwei heterogenen nationalen und kulturellen Komplexen unter ein einheitliches politisches und ökonomisches Regime muss selbstverständlich eine ganz eigenthümliche Gestaltung der Verhältnisse ergeben und auf die ganze Entwicklung entscheidend wirken. Ein solches Problem bieten die ökonomischen Beziehungen zwischen Polen und Russland, deren Entwicklung und Gestaltung Rosa Luxemburg zum Gegenstande einer eingehenden, gründlich und gewissenhaft bearbeiteten Studie¹⁾ gemacht hat. Das Buch besteht aus zwei eng zusammenhängenden

¹⁾ Dr. Rosa Luxemburg: Die industrielle Entwicklung Polens. Leipzig 1898; Verlag von Duncker & Humblot.

Theilen, einem morphologischen, in dem die Geschichte und der heutige Stand der polnischen Industrie geschildert wird, und einem Vergleiche zwischen den ökonomisch-sozialen Bedingungen der Industrie Russlands und Polens, aus dem die ökonomische Politik des Zarenreiches gegenüber seinem polnischen Gebiete verstanden werden kann. Der historische Theil bringt die Zusammenstellung aus früheren Bearbeitungen bekannter That-sachen und ist etwas oberflächlich behandelt. Die Geschichte der Zünfte in Polen scheint der Verfasserin zu wenig bekannt zu sein, und die Wirkung des Handwerks auf die Grossindustrie ist nicht gehörig gewürdigt. Fräulein Luxemburg beachtet auch nicht die Initiative der polnischen Gesellschaft selbst, welche in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts vermittelt der polnischen Bank in Warschau die Anfänge der Grossindustrie geschaffen hat. Eine Folge davon ist, dass die Politik der russischen Regierung als einziger Faktor bei der Entstehung der Grossindustrie in Polen erscheint. Eine volle Würdigung wird aber der industriellen Entwicklung Polens nach der Aufhebung der Zollgrenze zwischen Polen und Russland (im Jahre 1851), und am eingehendsten sind die Verhältnisse nach 1870 geschildert.

Der Kapitalismus in Polen ist jungen Datums, heute aber ist er in voller Blüthe, und die Textilindustrie ist zu seinem wichtigsten Produktionszweige geworden. Die Produktion wächst mit jedem Jahre, die Konzentration der Kapitalien weist interessante Belege für den Typus der modernen Entwicklung auf: es wächst nämlich die Zahl der Arbeiter langsamer als das stehende Kapital, die Produktivität der Arbeit wird immer grösser. Die Erzeugnisse der polnischen Industrie haben schon in ganz Russland Eingang gefunden, und die polnischen Unternehmer bereiten sich systematisch vor zur Eroberung der Waarenmärkte in Asien. Der Anfang ist schon gemacht worden: nach Tomsk, Nertschinsk und Omsk dringen Textilwaaren aus Polen. So entsteht naturgemäss eine Konkurrenz zwischen der polnischen und der russischen Bourgeoisie: der Kampf zwischen Moskau und Lodz hat Jahre lang gedauert. Die Regierung kann aber keine nationale und feindliche Politik gegen die polnische Industrie führen, da eigentlich die Interessen Beider identisch sind und in der Vertheidigung gegenüber der ausländischen Konkurrenz durch eine gemeinsame ökonomische Aktion bestehen.

Die polnische Industrie holt ihre Rohprodukte aus Russland, nämlich Eisen, Coaks, Wolle, Baumwolle u. s. w., während Russland aus Polen wollene Webstoffe, Maschinen und Kohle bezieht. Aus dieser territorialen Produktionstheilung erwächst als Folge eine gleiche Zollpolitik.

Aus diesen That-sachen zieht die Verfasserin einen für ihre Auffassung der politischen und sozialen Entwicklung wichtigen Schluss, bei dem wir länger verweilen wollen, da er in die wichtigsten soziologischen Fragen eingreift und der Tendenz der öffentlichen Meinung und der Arbeiterschaft in Polen keineswegs entspricht.

Die Interessen der polnischen Bourgeoisie, sagt die Verfasserin, sind mit denjenigen der russischen identisch, es ist also unmöglich, dass diese Bourgeoisie die Unabhängigkeit Polens wünsche. National gestimmt ist blos ein kleiner Kreis von Idealisten, welche keine materielle Macht vorstellen und keineswegs als Ausdruck der Tendenz, welche die polnische

Gesellschaft beseelt, betrachtet werden können. Das Proletariat müsste denselben Weg verfolgen; sein Interesse wäre es, die nationalen Ideale aufzugeben und mit der russischen Arbeiterschaft vereint zu marschiren. Fräulein Luxemburg ist überhaupt Verfechterin dieser Ansicht und verdammt damit die Politik der polnischen Sozialdemokraten, welche als ersten Programmpunkt die politische Unabhängigkeit auf nationaler demokratischer Grundlage und die Vereinigung der drei Theile Polens aufgestellt haben.

Dieser scheinbar logische Weg ist aber unsicher, wenn es sich um soziale Tendenzen handelt. Wir wollen bei dem von der Verfasserin gewählten Gebiet, dem Königreich Polen, bleiben und uns seine gesellschaftliche Zusammensetzung ansehen.

Die wichtigsten Zentren der Grossindustrie in Polen, Lodz sammt seiner Umgebung und der Sosnowitzer Kreis, liegen an der deutsch-österreichischen Grenze. Lodz war noch im Jahre 1821 ein kleiner Flecken von 800 Einwohnern, der infolge von Privilegien, welche hier fremden Ansiedlern gewährt wurden, gewaltig gewachsen ist.

Als die im Jahre 1831 erhöhten Grenzzölle die Zufuhr der deutschen Fabrikate nach Polen aufhielten, dringen deutsche Kapitalien in Polen ein. Die Zahl der fremden Betriebe wächst immer rascher, und nach dem Jahre 1870 erfahren diese beiden Industriekreise einen Aufschwung, welcher englischen und amerikanischen Zuständen ähnlich ist. Diese Entwicklung geschieht aber fast durchweg mit Hilfe des fremden Kapitals. Heute noch bilden polnische Namen unter den Fabrikfirmen eine seltene Ausnahme. Die grosse Mehrheit der Bourgeoisie in Polen besteht in Lodz aus Deutschen und Juden, im Sosnowitzer Kreise aus italienischen, französischen, russischen und deutschen Aktiengesellschaften, in Warschau und Umgebung sind englische, französische und belgische Kapitalien, in Bialystok deutsche Unternehmer maassgebend u. s. w. In Sosnowitz und Dombrowa ist die Leitung der Berg- und Hüttenwerke bezahlten Beamten übergeben, der Sitz der Aktiengesellschaften ist meistens ausserhalb des Kreises verlegt. Die Lodzer Kapitalisten haben Unternehmungen in Deutschland, wo sie auch häufig wohnen. Fräulein Luxemburg hat vollständig übersehen, weshalb die polnische Bourgeoisie international ist, dass diese Internationalität nicht eine Folge der Eigenthümlichkeiten ihres Kapitals an sich, sondern vor Allem ihrer Abstammung und ihrer Zugehörigkeit zuzuschreiben ist. Dasselbe ist auch im Handel wieder zu finden: der ganze Handel en gros, die Wechsel- und Vermittlungsgeschäfte sind in den Händen von Fremden und Israeliten, die sich nicht immer als Polen betrachten. Diese Thatsachen bilden einen Beleg mehr für den internationalen Charakter des heutigen Kapitals, sie verhindern aber die Entstehung der nationalen Bourgeoisie, die sonst unter dem Einflusse des Kapitalismus als führende Klasse gilt. In Russisch-Polen besteht trotz der kapitalistischen Entwicklung der Industrie und des Handels, ungeachtet des unbestrittenen Einflusses beider auf die Gestaltung der Landwirthschaft, keine Bourgeoisie, welche als Träger der kulturellen Entwicklung anzusehen wäre. Die fremden Besitzer des Kapitals, wenn sie auch in Polen wohnen, betrachten es als bequemes Territorium, aus dem sie hohe Dividenden ziehen können, aber keineswegs als ein Land, mit dem ihre

zukünftigen Pläne und ihre Erinnerungen verbunden sind. Am ehesten geschieht das mit den deutschen Kapitalisten, vielleicht weil sie die ältesten Ansiedler sind. Aehnlich war die Entwicklung unter der Herrschaft des Zunftwesens: die deutschen Handwerker gaben den Anfang zur Gestaltung der zünftigen Produktion, die auch wie das Zunftleben selbst deutsch gefärbt war. Neben ihnen entstehen aber polnische Handwerker, die deutsche Sprache verschwindet allmählich aus den Zunftbüchern; im XVI. und XVII. Jahrhundert bleiben blos deutsche Namen zurück, deren Träger sich vollständig polonisirt haben. Die Franzosen, die Belgier, die Engländer haben in den seltensten Fällen einen Wohnsitz in Polen. Auf diese Weise spielt die Bourgeoisie in Polen keine kulturelle Rolle; ein Beweis dafür ist die reiche Stadt Lodz, der Sitz der Bourgeoismillionäre, wo weder litterarische noch wissenschaftliche Regsamkeit besteht, wo wir sogar keinen Journalismus bis heute aufweisen können, während in Warschau, in Krakau, in Lemberg sich ein üppiges geistiges Leben in jeder Beziehung entwickelt.

Wenn die Bourgeoisie in Russisch-Polen einheimisch wäre, müsste eine gewisse Ideologie entstehen, sie hätte wahrscheinlich neben den Bereicherungstendenzen einen Trieb, im politischen Leben die führende Rolle zu spielen. Sie hätte den Wunsch, ein unabhängiges Polen zu sehen, in dem sie die Politik ganz anders beeinflussen könnte, als im grossen Zarenreiche. Sie würde am geistigen Leben Theil nehmen und dieses Leben direkt beeinflussen.

Die nationale Kultur wird aber heut zu Tage von anderen Elementen getragen, die keine einheitliche materielle Grundlage haben, aber sich auf geistigem Gebiete berühren. In einer Gesellschaft, welche sich in normaler Weise entwickelt, dürften sie mit der Bourgeoisie identifizirt werden, da ihre Stellung zum grössten Theile mit der Industrie oder dem Handel zusammenhängt. Zu diesen Elementen dürfen wir die liberalen Berufe und die ländlichen Grundbesitzer rechnen. Weder ihrer materiellen Lage noch ihren Beschäftigungen nach können sie zu der Bourgeoisie im gewöhnlichen Sinne des Wortes gezählt werden.

Ihre geistige Ueberlegenheit und soziale Bedeutung muss in den speziellen politisch-wirthschaftlichen Verhältnissen Polens gesucht werden. Der Regierung gegenüber sind sie unabhängig, da sie garnichts von ihr erwarten — die Polen dürfen ja sogar keine Beamten- oder Lehrerstellen an öffentlichen Anstalten bekleiden — ihre politischen Ueberzeugungen kommen bei dem Mangel des politischen Lebens in keinen Gegensatz mit den Tendenzen der Bourgeoisie. Die nationale Kultur, in der sie erzogen worden sind, hat sie in einen strammen Gegensatz zum russischen Regimente gestellt und eine Abneigung gegen jeden russischen Einfluss ausgebildet. Diese Menschen sind die eigentlichen geistigen Führer der öffentlichen Meinung.

In nationalen Tendenzen steht ihnen die sozialistische Intelligenz nahe und selbstverständlich die klassenbewussten Arbeiter.²⁾ Durch ihre konsequente ablehnende Haltung gegenüber jedem Ausgleich, jedem Paktiren

²⁾ Einen Beweis für die nationalen Tendenzen der bewussten Arbeiterelemente hat die Mickiewiczfeier abgegeben. In Galizien haben in allen Städten die Arbeiterorganisationen ihre Huldigung in imposanten Aufzügen gebracht. Die Arbeiterschaft des Königreichs Polen, die in Warschau stumm bleiben musste, hat nicht weniger als 60 Kränze mit Inschriften nach Krakau gesandt.

mit der russischen Regierung haben sich die Sozialdemokraten die höchste Achtung der in letzter Zeit schwankenden und heute von ihren regierungsfreundlichen Schwärmereien geheilten öffentlichen Meinung erworben. Patriotisch ist auch die Klasse des Kleinbürgerthums, das bei jedem Aufstande sein Blut vergossen hat. Auch unter den Bauern ist die Vaterlandsliebe immer reger, wozu nicht wenig die religiöse Maassregelung der Uniten und das Verbot der polnischen Sprache in der Schule beiträgt.

Wer alle diese Thatsachen nicht sehen will und die Gesellschaft in Russisch-Polen nach der alten materialistischen Schablone beurtheilt, begeht einen soziologischen Missgriff. Fräulein Luxemburg ist, wie das französische Sprichwort sagt, plus catholique que le pape. Wahrscheinlich ohne Wissen und Willen kämpft die Verfasserin mit den Waffen der russischen Regierung, welche die nationalen Bestrebungen in Polen auf Rechnung einiger verdrehter Köpfe schreiben möchte.

Trotz Allem, was wir über die kulturelle Bedeutungslosigkeit der Bourgeoisie in Russisch-Polen gesagt haben, lässt sich nicht leugnen, dass die Grossindustrie das gesammte Leben umgestaltet hat. Die Grossstädte weisen ein rasches Wachsthum auf (Warschau, Lodz), im Süden entstehen typische Industriestädte, der Handel erreicht immer grössere Umsätze, das Handwerk hat die Formen der lokalen Produktion überwunden und arbeitet für den russischen Markt, die Landwirthschaft wird immer intensiver und betreibt die Vieh- und Milchwirthschaft, endlich hat sich eine typische Arbeiterklasse gebildet.

Im Moskauer Kreise z. B. besteht die Mehrheit der Arbeiter aus Bauern, die ein paar Monate im Jahre ihre ländliche Wirthschaft betreiben. In Polen hat sich eine Arbeiterklasse gebildet, die von der ländlichen vollständig verschieden ist. Diese Arbeiter haben einen höhern standard of life als die russischen. Letztere lassen sich auch ausserhalb der Fabrik bevormunden, sie wohnen in gemeinsamen Fabrikräumen und essen am gemeinsamen Tisch, während ihre Familien auf dem Lande wohnen. Der polnische Arbeiter ist mehr Individualist, und ausserhalb der Fabrik gestattet er keine Eingriffe in sein Leben. Die Löhne sind in Polen auch höher, aber Fräulein Luxemburg weist nach, dass die grössere Arbeitsintensität des polnischen Arbeiters die Arbeitskosten geringer macht. Alle diese Momente stellen den polnischen Arbeiter den westlichen Arbeitern, und besonders seinen Brüdern aus anderen Theilen Polens, näher als den Arbeitern in Russland.

Die Wirkung des Kapitalismus hat sich auch in der Weltauffassung der polnischen Gesellschaft abgespiegelt. In den siebziger Jahren, während der fieberhaften Entstehung der Grossbetriebe, wird die sogenannte organische Arbeit, d. h. der innere Ausbau der Gesellschaft, die industrielle und Handelsthätigkeit, auf Kosten der Bestrebungen zur nationalen Unabhängigkeit glorifizirt. Die Thatsache der ruhigen Wohlfahrt, verglichen mit den traurigen Folgen der Unabhängigkeitsbestrebungen vom Jahre 1863, bringt für ein paar Jahre die idealeren Bestrebungen zum Schweigen. Der Kapitalismus hat aber bei uns wie überall sein Beglückungsversprechen nicht gehalten, die alten Ideale sind wieder da, und das Streben zur Unabhängigkeit ist mehr als je in alle Klassen gedrungen. Heute trägt es aber einen mehr realen und modernen Charakter.

Während das wirtschaftliche Leben zum Typus einer intensivern Thätigkeit übergegangen ist, mussten auch die nationalen Bestrebungen sich auf eine tiefere sozialpolitische Basis stützen. Statt auf die Hilfe der Regierungen zu rechnen, wenden sich die Polen an diejenigen Parteien, welche ihre eigene Selbstbehauptung in den Sympathieen des demokratischen Europas sehen. Sie glauben weniger an die fremde Hilfe und mehr an das solidarische Zusammenhalten der Polen, welche in verschiedenen Gegenden der Welt zerstreut sind. Diese starke Tendenz, vor Allem auf eigene Kräfte zu rechnen, muss sich auf das Gefühl der nationalen Eigenthümlichkeiten stützen. Auf allen Gebieten macht sich eine nationale Wiedergeburt geltend, das Volk studirt seine Vergangenheit und seine kulturellen Eigenthümlichkeiten.

Diese Erscheinungen sind nicht als Folgen, sondern als begleitende Umstände des Kapitalismus aufzufassen. Der Pole begreift heut zu Tage, dass er denselben Weg wie die übrige Kulturwelt zu gehen hat, und dass seine nationale Verschiedenheit, seine Errungenschaften in Kunst, Litteratur und Wissenschaft ihm dabei als Waffe dienen müssen. Das sind kulturelle Faktoren, die von den wirtschaftlichen nicht zu trennen sind, und die Fräulein Luxemburg vergisst, wenn sie die politische Equilibristik einer Handvoll fremder grosskapitalistischer Unternehmer mit dem nationalen Credo der Polen verwechselt.

Ueber Geldwesen.

Von

Georg Bernhard.

(Berlin.)

Herr Dr. Arthur Mülberger hat im vorigen Hefte dieser Zeitschrift einen Artikel veröffentlicht, auf den eine kurze Erwiderung wohl am Platze ist. Die Vorarbeit zu den wenigen Zeilen, in denen ich eine solche zu geben versuche, war keine geringe. Dreimal habe ich die Ausführungen des Herrn Mülberger durchlesen müssen, und ich bin auch jetzt noch nicht sicher, dass der Herr Verfasser mir nicht erklärt, er habe etwas ganz Anderes gemeint, als ich ihm widerlegen wolle. Herr Mülberger mag ein grosser Nationalökonom sein, vor dessen Tiefe ich mich gern beuge, aber er ist ein etwas dunkler Schrittsteller.

Es giebt Leute, die um jeden Preis originell sein wollen, auch um den der Vernunft. Ein solch sonderbarer Heiliger ist Herr Silvio Gesell in Buenos Aires. Er hat eine Schrift über Geldwesen mit einem langen Titel geschrieben und bezweckt die Aufhebung jeder metallischen Währung und seine Ersetzung durch ein unfundirtes Staatspapiergeld. Herr Gesell weiss aber, was er will. Er lebt in einem Lande, das unter einer schlechten Währung leidet, und er möchte nun gern das Münzwesen aller Länder auf das tiefe Niveau seines Vaterlandes herabziehen. Man sieht also, dass Herr Gesell zu jenen gehört, die aus Vernunft närrisch sind. Aber derselbe Entschuldigungsgrund ist nicht stichhaltig für Herrn Mülberger: Herr Mülberger ist auf den sonderbaren Einfall gekommen, einen Dilettanten als Regenerator des Geldwesens auszuspielen, und er muss es sich nun gefallen lassen, dass man ihn genau in der gleichen Art und Weise behandelt, wie er mit den bewährten Fachautoritäten der Währungsfrage umspringt.

Herrn Mülbergers Held ist ein ganzer Kerl. Herr Mülberger charakterisirt ihn, indem er sagt: „Die Klarheit seiner Grundanschauungen enthebt ihn der Nothwendigkeit, sich in den breit getretenen Geleisen des öden Streites zwischen Gold- und Silberleuten herumzutreiben und gestattet ihm eine Stellungnahme zur Währungsfrage, die bergehoch über den Ergüssen der Metall-Enthusiasten steht.“ Er bezeichnet seine Schrift als „die bedeutendste Erscheinung, welche die Fach- und Broschürenliteratur des letzten Jahrzehnts über das Geldwesen zu Tage gefördert hat“. Für ein solches Urtheil muss Herr Mülberger eine stichhaltige Erhärtung erbringen. Man stösst nicht alle Errungenschaften auf einem der schwierigsten nationalökonomischen Gebiete um, wenn nicht ganz besonders hervorragende Beweise für die neue Heilslehre sprechen.

Sehen wir uns daraufhin einmal die Persönlichkeit des Mülbergerschen Fundgenies etwas genauer an. Herr Gesell geniesst den Vorzug, von Hause aus Praktiker zu sein. Auch ich erkenne das mit Herrn Mülberger als Vorzug an, denn nirgends vermag die Praxis die Wissenschaft so zu ergänzen, wie in der Volkswirtschaftslehre. Ich weiss aus eigener Erfahrung, wie sehr die Praxis gerade für volkswirtschaftliche Probleme die Anschauung klärt. Aber leider ist der Praktiker des Herrn Mülberger, als er aus der Praxis heraustrat, nicht Wissenschaftler geworden, sondern Dilettant. Nicht als ob er zu den schätzenswerthen Mitgliedern des Dilettantismus gehört, von denen Schopenhauer sagt, dass sie achtenswerther als die Gelehrten sind, weil sie die Wissenschaft nur um ihrer selbst willen treiben, nein, er ist dilettantisch geblieben in Anschauung und Methode. Es klingt sehr eigenartig, wenn Herr Mülberger die Bemerkung des Herrn Gesell köstlich findet: er (Herr Gesell) habe „von den theoretischen Schwierigkeiten der Währungs- und Geldfrage erst nachträglich Kenntniss erhalten, nachdem er mit sich selbst ins Klare gekommen war“. Inwiefern dieser Ausspruch köstlich ist, bleibt meinem geringen Verstande unerfindlich. Zunächst enthält der Satz eine Binsenwahrheit. Wenn Jemand im Thale wohnt und niemals über die ihn umgebenden Berge hinaus gekommen ist, dann weiss er nicht, was sich jenseits dieser Berge befindet. Wenn er aber einmal den Gipfel der Berge erklimmen hat, dann erscheinen in seinem erweiterten Gesichtskreise tausend und abertausend Dinge, von deren Existenz er vorher keine Ahnung gehabt hat. Genau so verhält es sich natürlich mit dem Praktiker, dem die Fakta zu Problemen werden, sobald er beginnt, die ihm in täglicher Beschäftigung selbstverständlichen Dinge in wissenschaftlicher Weise zu analysiren. Als Herr Mülberger noch jung war, hat er sich sicher sehr wenig Kopfschmerzen darüber gemacht, auf welche Art und Weise er zu seinen Gedanken kam. Späterhin werden ihm gewiss über das Zustandekommen und die Art des menschlichen Denkens mancherlei Skrupel und Zweifel aufgestiegen sein, und er hat sicherlich gemerkt, dass das Denken garnicht eine so einfache Sache ist, besonders das natürliche Denken nicht. Ich kann nur sagen, dass ich es köstlich finde, wie Herr Mülberger es unternimmt, dilettantische Oberflächlichkeit gegen wissenschaftliche Methode auszuspielen. Und das nicht etwa im stillen Kämmerlein zur Freude seiner selbst, sondern in einer Zeitschrift, im vollsten Lichte der Oeffentlichkeit.

Die Leser sind gewiss gespannt auf das erhabene System des neuen Finanzgottes. Es wird von Herrn Mülberger rühmend hervorgehoben, dass seine Gottheit alle weitläufigen Analysen bei Seite lässt. Es wird von Papiergelds Gnaden dekretirt: Geld sei nur eine Waare, und demzufolge sei der Preis die

einzigste Eigenschaft, die Käufer und Verkäufer interessirt. Bekanntlich interessirt den Käufer einer Waare auch noch ein ganz klein wenig eine andere Eigenschaft, nämlich die Beschaffenheit. Herr Gesell übersieht das mit souveräner Verachtung, und sein Herold übersieht es gleichfalls. Geld ist ausserdem eine staatliche Verkehrseinrichtung. Nun spricht Herr Gesell einen Satz von fundamentaler Wichtigkeit aus. Man höre und staune: „Geldwesen sowie Besitz und Arbeitstheilung bedingen sich gegenseitig in ihrer Existenz.“ Das hat noch Niemand vor Herrn Gesell gesagt, scheint Herr Mülberger zu finden. Ich weiss nicht, von welcher Beschaffenheit die übrigen Universitäten des Landes sind. In Berlin lernt das jeder Student der Nationalökonomie im ersten Semester. Herr Gesell säubert sodann die Begriffe Bedarf an Geld und Angebot an Geld von allen „ideellen, phantastischen und spekulativen Nebenbegriffen“. Und das Ergebniss dieser Säuberung ist die Erkenntniss, dass ein Geld mit sogenanntem innern Werth nur eine Fiktion, eine Selbstflüge ist, da der Preis des Geldes unabhängig von seinem Material einzig durch den Bedarf an Tauschmitteln bestimmt wird. Jetzt geräth Herr Mülberger in poetische Extase: „mit freiem, bohrendem Blick erkennt der Verfasser jene wirthschaftliche Grundwahrheit, dass die Einbildung dem Metalle zuschreibt, was nur die Wirkung des Kollektivgedankens ist.“ Nur Menschen, die ausserordentlich wenig wissen, können es wagen, so allseitig anerkannte und von Jedermann gebilligte und gewusste Grundthatsachen der Währungslehre als Neuheiten aufzutischen. Aber Herr Gesell erkennt noch viel mehr. Er erkennt, „dass der Misskredit, in dem das Papiergeld bei der öffentlichen Meinung gekommen ist, garnichts mit dem Material zu thun habe, sondern die Frucht unehrlicher und unkaufmännischer Verwaltung sei“. Die Weisheit hätten wir uns aus Buenos Aires nicht zu holen brauchen, die haben wir hier viel billiger. Wir wussten auch schon lange vorher, „dass eine Papierwährung, da sich Papier beliebig vermehren lässt, sehr leicht eine Anpassung des Geldumlaufs an den Geldbedarf erzielen lässt. „Es sind praktische Versuche dieser Art sehr gut gelungen, besonders in Spanien, wo die Notenpresse noch immer so vorzüglich funktionirt, dass das Land am Rande des Ruins steht.

Herr Gesell behauptet, die materiellen Eigenschaften des Geldes hätten für seinen Werth nicht mehr Bedeutung, als die Fische im Suez-Kanal für die Aktien dieses Unternehmens. Und Herr Mülberger erklärt hierzu: „Dieser einzige Satz des Verfassers werfe neun Zehntel der modernen Währungslitteratur zum alten Eisen.“ Ja aber, Herr Mülberger, was kennen Sie denn von dieser Litteratur, wenn Sie eine solche Behauptung aufstellen? Ich empfinde diesen Satz als eine alberne Banalität. Das ist schon hundertmal viel besser gesagt worden ist. Aber nun fügt Herr Mülberger einen eigenen Gedanken hinzu, der ebenfalls für keinen mit der Materie vertrauten Menschen etwas Neues bietet: dass es sich bei der Währungsfrage überhaupt nicht um den Werth des Geldes handelt, sondern um das Finden einer Parität zwischen Waare und Geld. Wie ist diese Parität aber zu finden? Ich gebe Herrn Mülberger gern zu, dass im sozialistischen Betriebe jede Waare im Range unserm heutigen Gelde gleich steht. Aber ein Maass wird auch da gefunden werden müssen. So lange wir aber die sozialistische Gesellschaft nicht haben, sind wir gezwungen, irgend eine Waare als Maass anzunehmen, und man ist deshalb dazu gelangt, die Edelmetalle als Werthmesser einzuführen, weil sie gewisse Eigenschaften haben, die sie besonders dazu prädestiniren. Insofern ist der innere Werth des Geldes auch gar keine Fiktion, weil derjenige,

der ein Zwanzigmarkstück für seine Waare erhält, wohl weiss, dass man ihn überall im Ausland denselben Preis dafür bezahlt, und dass er es mit ganz winzigem Verlust als eingeschmolzenes Gold zu allen möglichen Zwecken verwenden kann. Im Gegentheil hiervon liege eben der Unsegen der Assignatenwirthschaft. Herr Mülberger sagt auch nichts Neues, wenn er behauptet, dass unsere Silbermünze kein Geld mit vollem innern Werth mehr sei. Gewiss ist es das nicht, und deshalb erstreben eben auch ernste Verbesserer des Münzwesens eine möglichst grosse Vermehrung des Geldwerthes an. Aber dass diese Geldverschlechterung von der öffentlichen Meinung ohne Stirnrünzeln aufgenommen worden ist, ist eine Behauptung, die Herr Mülberger kaum aufrecht erhalten kann, wenn er namentlich die deutsche Währungs litteratur nicht nur in ihren Titeln, sondern in ihrem Inhalt wirklich kennt. Hierfür fehlt ebenso der Beweis, wie dafür, dass die Ausmerzung des Goldes aus dem Güterverkehr spielend leicht geschehen könnte, wenn die Menschheit es nur wollte. Wie wenig klar sich Herr Mülberger über die Materie geworden ist, ersieht man daran, dass er zwei Begriffe zusammenwirft, die absolut nichts mit einander zu thun haben, nämlich Geldwährung und Geldzirkulation. Wenn er sagt, dass das Gold schon lange dem Verkehr entzogen und durch den Kredit ersetzt sei, so übersieht er eben leider, dass sich ein gesunder Kredit nur aufbauen kann auf einem thesaurierten Vorrath an baarem Gelde. Das merkwürdigste an der ganzen Sache ist aber, dass Herr Mülberger selbst durch Zitate aus Augier und Proudhon seinen Helden vernichtet und die Durchführung dessen für nicht möglich hält, wodurch zwei Seiten vorher neun Zehntel der Währungs litteratur zum alten Eisen geworfen ist. Was nun eigentlich das Heldische an dem Helden des Herrn Mülberger sein soll, ist mir unergründlich. Herr Mülberger hält das Papiergeldmonopol seitens des Staates schon deswegen nicht für durchführbar, weil er der sehr richtigen Ansicht huldigt, dass der Uebergang in die Papierwährung nicht vom Staate dekretirt werden kann, sondern von der Gesellschaft praktisch durchgeführt werden müsse. Er sieht ein, dass selbst Gold und Silber ursprünglich keinen Zwangskurs gehabt haben, sondern, dass sie erst durch die Gewohnheit zum allgemeinen Werthmesser geworden sind. Aber auch hier stossen wir wieder auf einen fundamentalen Irrthum. Wieder wirft Herr Mülberger Währung und Zirkulation durcheinander, indem er behauptet, dass die Ausbreitung des Checkwesens den Untergang der Metallwährung beschleunigen wird. Gerade der Check ist der Beweis vom Gegentheil. Ein Check ist doch nichts weiter als eine Anweisung, auf welche man Baargeld erheben kann. Damit der Check Werth hat, muss doch irgendwie die auf ihm bezeichnete Summe vorhanden sein. Der Check ist doch nur ein Surrogat für die Zirkulation. Er ermöglicht grössere Sicherheit und erübrigt den schwierigen Transport des Geldes. Er kann viele Jahre uneingelöst zirkuliren. Auf Grund seiner können die grössten Geschäfte abgeschlossen werden, aber das wird doch nur ermöglicht dadurch, dass jeder Besitzer jeder Zeit Besitzer der gleichen Summe Geldes werden kann. Auf der gleichen Basis beruht auch die Sicherheit der vorhandenen Banknote. Wenn Herr Mülberger diese einfachen Grundwahrheiten nicht zu erkennen vermag, so ist das sehr bedauerlich.

Herr Gesell ist ein dilettantischer Experimentirer ohne gediegen theoretisches Wissen. Aber der Gesell aus Buenos Aires hätte in Crailsheim seinen Meister finden sollen.

Gemeinsames und Trennendes.

Ein Beitrag

zur Auseinandersetzung zwischen Anarchismus und Sozialismus.

Von

Adolf Marreck.

(Berlin.)

Der rege Eifer, mit dem die letzten Monate hindurch in der Tagespresse der Gegensatz zwischen Sozialismus und Anarchismus besprochen wurde, nimmt nicht Wunder. Waren früher schon die verschiedenen Attentate der terroristischen Anarchisten Grund genug, um aus parteipolitischen Rücksichten eine lebhaftere Pressfehde über die Frage, wer diese Mordthaten verschulde, zwischen den Bourgeois- und sozialdemokratischen Zeitungen entstehen zu lassen, so musste dies in erhöhtem Maasse der Fall sein nach der unglückseligen That des schmachvoll verführten Luccheni. Die Staatspresse behauptet unentwegt: für den Todtschlags-, Streik- und Boykott-Terrorismus sei jedwede soziale Kritik verantwortlich, und umgekehrt schleudern jener Staatspresse die Sozialisten die Anklage ins Gesicht, dass deren Soldgeber, die Kapitalisten, infolge ihrer maasslosen Ausbeutung der Arbeit jene Gewaltthaten verursachen.

Gewiss ist, dass die einzelnen Gewaltthaten der Unterdrückten ein kritisches Bewusstsein über das Elend ihrer Lage in den Köpfen der Thäter voraussetzen, und dass dieses kritische Bewusstsein durch die allgemeine soziale Kritik mitbedingt ist, dürfte ebenfalls nicht bestritten werden. Aber was bedeutet dieses nothwendige Zugeständniss unsererseits an die Eigenthümerpartei? Ist es eine Verurtheilung der sozialistischen Propaganda? Keineswegs, denn alle ökonomische Einsicht hat irgend welche materiellen Thatsachen zu ihrer Grundlage.

Die Profiteigenthümer oder Kapitalisten mitsammt ihren Oekonomen erblicken in der vorhandenen ökonomischen Ordnung die beste aller Organisationen, und bringt ihnen diese nicht allen erdenkbaren Wohlstand, die schönsten Annehmlichkeiten, sowie ein reiches Maass aller edleren Genüsse, Kunst und Wissenschaft? Ihr Gewissen gegenüber dem Elend entlasten sie, indem sie den Habenichtsen geduldige und standhafte Schickung in die Hand der Vorsehung empfehlen. Ja noch mehr, sie glauben grossentheils selbst daran, dass eine gütige Vorsehung den Gang und die Entwicklung dieser Dinge bestimmte. Die sozialen Kritiker jedoch lassen diese Vorsehung nicht gelten; die Vorsehung der Gesellschaft ist ihnen die Gesellschaft selbst, das jeweilige menschliche Elend kann daher nur einen Mangel der Organisation der Gesellschaft bekunden.

Wenn also eine den Eigenthümern unangenehme Kritik da ist, so ist sie als Folge der Thatsachen nur gleichwerthig der Lobpreisung der kapitalistischen Organisation, die den Wohlstand und die Segensfülle der Eigenthümer ausmacht. Die Thatsachen des Elends sind das Primäre, ohne sie keine Kritik und keine Gewaltausbrüche. Immer waren aber Gewaltausbrüche Folgen einer impulsiven Kritik, die methodische Kritik beseitigt die Gewaltthat. Anstatt hiernach die Kritik vernichten zu wollen, sollte die Bourgeoisie sie zu ihrem eigenen Besten fördern.

Doch wir lassen diese Seite des Gegenstandes, weil wir keinen Disput mit der kapitalistischen Anschauung vorhaben. Ueber die Berührungspunkte des Sozialismus mit dem Anarchismus wollen wir verhandeln.

Man kann sagen: hauptsächlich zwei Gründe veranlassen die Sozialdemokratie, jeden auch noch so geringen Zusammenhang mit dem Anarchismus zu leugnen. Erstlich hofft man durch Betonen des Gegensatzes zwischen diesen Anschauungen eine Knebelung der Freiheitsbestrebungen der Arbeiter besser zu verhüten, und zweitens befürchtet offenbar die Partei durch eine Diffusion mit den anarchistischen Ideen Schwächung der Parteithätigkeit. Wenn wir auch vollkommen die Denkungsweise einer Partei, insbesondere der sozialdemokratischen, zu würdigen wissen, so sind wir doch ganz und garnicht im Stande, die Methode des Kampfes und Streites um Ideen zu verstehen, die so blutwenig mit den Prinzipien der Parteinothwendigkeit noch der Moral im Einklang steht. Und handelt es sich nicht um Ideen, die eine so breite Basis gemeinsam haben? Freilich die Anarchisten sind der Zahl nach gering gegenüber den Sozialdemokraten. Soll jedoch hier dasselbe Verhältniss, wie zwischen einem grossen und kleinen Staate statthaben, wo der grosse vermöge seiner Macht sich Alles erlauben kann und der kleine nur zu schweigen hat? Ich bin der Letzte, zu verkennen, wie oft Anarchisten in maassloser Steigerung ihrer Gefühle mit den Waffen beschimpfender Worte, ja der Verleumdung gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer gestritten haben. Aber genugsam sind Männer da, die erklären und danach handeln: Es haben die Wiedervergeltungsgelüste in unserer Weltanschauung keinen Raum, wir haben Höhen erklommen, über die unausgesetzt die Sonne scheint.

Wie sieht es in den Spalten der sozialdemokratischen Zeitungen aus, wenn von Anarchismus oder Anarchisten die Rede ist? Kapitalistische Gewaltthaten, kapitalistische Organisationen, Polizeispitzel, rigorose Regierungsbeamte und Kapitalisten werden mit jenen Namen bezeichnet. Und Allen voran steht — es ist bedauerlich, den hochverehrten Veteranen der Partei in diesem Fanatismus anzutreffen — Liebknecht. In Versammlungen und im Vorwärts betont er unaufhörlich den „diametralen Gegensatz zwischen Sozialismus und Anarchismus“. Als Kronzeuge für seine Behauptungen muss immer Max Stirner auftreten. Der Anarchismus, so argumentirt Liebknecht, ist der auf die Spitze getriebene bürgerliche kapitalistische Individualismus; der Wille des Individuums ist sein oberstes Gesetz; der Stärkere behauptet sein Recht als erstes. Der ganze Kapitalismus ist in diesen Gedanken enthalten. Jeder Kapitalist sieht seinen Willen als bindend für alle seine Untergebenen an, nichts hat Bedeutung ausser ihm, sein Recht als Stärkerer gilt unbedingt.

Es sei mir dagegen eine Bemerkung gestattet. Die Sozialdemokratie ist fast durchweg hinsichtlich ihrer Naturanschauung Anhängerin des Darwinismus. Was ist aber der Darwinismus anders als von Anfang bis zu Ende eine Lehre par excellence vom Rechte des Stärkeren? Jede Seite dieser Lehre zeigt in unzähligen Variationen, wie überall in der gesammten Natur der Stärkere den Schwachen vernichtet. Der Stärkere behauptet sich kraft seiner Ueberlegenheit über den Schwächeren, dem er in vielerlei Art seine Fortexistenz unmöglich macht. Wie wäre es nun, wenn ich behaupten würde, die Sozialdemokratie sei demzufolge mit dem Kapitalismus identisch. Ja, Herr Haeckel, der deutsche Darwin, der hervorragendste Vertreter der Darwinschen Theorie, hat in der That Veranlassung genommen, ausführlich darzulegen, dass der Darwinismus die naturwissenschaftliche Grundlage der kapitalistischen Wirthschaftsordnung sei. Nach ihm wäre es ein Verbrechen an der Gesellschaft, wenn man das Gesetz der

Auslese unter den Menschen mittels irgend welcher Organisation unwirksam machen würde. Ferner — macht die sozialdemokratische Partei überall da, wo sie als grössere Macht der Masse der kleineren gegenüber in Betracht kommt, nicht von dem Rechte des Stärkeren in ausgiebigster Weise Gebrauch? Die ehemaligen Unabhängigen und die Anarchisten haben in dieser Hinsicht so manchen Schlag ihrer starken Hand empfunden. Was ist denn überhaupt das Recht der Herrschaft der Majorität über die Minorität für ein Recht? Ein nackteres und brutaleres Recht des Stärkeren kann es kaum geben. Hier ist die rein physische Gewalt im Rechte. In der Wirkung bleibt es sich für mich wie für Liebknecht vollkommen gleichgiltig, ob wir von 20 Millionen oder von einem Einzelnen das Recht des Stärkeren in Bezug auf unsere Ansichten ertragen.

Stirners Philosophie des Einzigen protestirt genau so lebhaft und energisch gegen die souveräne Uebergewalt des Monarchen wie gegen die der Majorität. Er findet es als die grösste Thorheit, dass der Einzelne seine Macht in eine Kollektivmacht Monarchie oder Demokratie verlegt, die sich nachher wider sein Interesse wendet. In sich soll der Einzelne seine Macht zurückbehalten. Wenn die Ideen Gottes, des Vaterlandes, der Freiheit u. s. w. nur sich kennen, 'nur sich fördern, so ruft Stirner aus, warum soll ich es nicht also thun?

Die Beschlagnahme der Machtbefugnisse des Egoismus von den Ideen und Institutionen der Gesellschaft und die Eigenart seiner Methode sind wesentlich dialektische Mittel nach dem Ziele der Gleichheit hin. Indem er als Einziger seinen Willen, seine Persönlichkeit, sein Recht der Stärke proklamirt, setzt er zugleich voraus, dass alle Anderen das Gleiche thun, was dasselbe heisst, wie die Gleichheit voraussetzen. Seine Gleichheit ist die Gleichheit der Vorbedingungen für die mannigfaltigen Persönlichkeiten, sich durchzusetzen. Soweit also Stirners Forderungen in der Selbstherrlichkeit des Individuums gehen mögen, im „Verein der Egoisten“ finden sie ihre Grenzen, hier konstituiren sich die Rechte und Pflichten der souveränen Individuen gegeneinander. Offensichtlich liegt der Stirnerschen Idee des Gesellschaftsvertrages die Institution und der Verkehr der autonomen Staaten zu Grunde.

Stirner ist ohne Frage Sozialist, allerdings kein Kommunist; überdies hat er für die Anarchisten durchaus nicht die Geltung eines anarchistischen Marx.

Um Liebknecht noch einen weiteren Beweis für die Nichtidentität zwischen Kapitalismus und Anarchismus zu geben, brauche ich ihn nur aufzufordern; mir nachzuweisen, ob schon jemals ein Kapitalist, Staatsmann oder Fürst sich auf die Stirnersche Theorie zur Begründung der Daseinsberechtigung der kapitalistischen Ordnung berufen hat.

Wenn vielleicht Manchem dem Scheine nach Ludwigs XIV. Ausspruch: „Der Staat bin ich“ den Stirnerschen Ideen gleich dünken sollte, so ist dies indessen seiner Natur nach nicht der Fall. Stirner weiss sich immer nur als Einzigen; eine Herrschaft über Andere beansprucht er von vorneherein nicht. Ludwigs Ausspruch ist dem Wesen nach vollkommen adäquat mit einem Worte Wilhelms II.: „Des Königs Wille ist die aus tiefster Seele geschöpfte Meinung des Volkes“. Hält sich der Monarch und die Majorität für die Willensverkörperung des gesammten Volkes, nach dem Plane der Vorsehung dazu bestimmt, so glaubt der Kapitalist desgleichen nach derselben Bestimmung der Vorsehung ausersehen zu sein, als der Verwalter des Nationalreichthums zu fungiren. Die Profitrate dünkt ihm einerseits das rechtmässige Honorar für seine

vergeblichen Bemühungen und andererseits der ihm zustehende Antheil für die Befruchtung der Gewerbe und des Ackerbaues. Die Schriften der bürgerlichen Oekonomen sind voll von diesen Ideen über den Kapitalisten. — So weit über die Identität zwischen Kapitalisten und Anarchisten.

Ich will noch eine Bemerkung hier anschliessen. Bebel sprach jüngst in einem Referate über Sozialdemokratie und Attentate die Ansicht aus, es sei ihm wohl begreiflich, dass Individuen, die die Regelung der menschlichen Geschicke durch die Einzelwillen der grossen Persönlichkeiten erblicken, sich zu Attentaten hinreissen liessen. Da müsste doch erst der Nachweis geführt werden, dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Stirner und den Ideen und Motiven der Attentäter zu finden sei. Ich kann aber mit ziemlicher Sicherheit behaupten, dass von allen anarchistischen Attentätern keiner mit dem Ideeengang Stirners vertraut gewesen ist. Jene Attentäter waren allesammt extreme Kommunisten. Leidenschaftlicher, altreligiöser, sektirerischer Fanatismus ist bei allen Attentätern die Triebfeder ihres Handelns gewesen, ein Fanatismus, der sich um die Wahl seiner Mittel keinerlei Sorgen macht, der Gewaltstaat mit seinen Mordinstrumenten wird ihm schliesslich zum Vorbild. Historische Einsicht, geschweige eine konsequente Moral kann man billigerweise von der Idee der Propaganda der That nicht verlangen.

Der menschliche Fortschritt konnte weder durch die antiken Sklaven- oder die mittelalterlichen Feudalherren, noch kann er jetzt durch die vexatorischen Gesetzgebungen der Kapitalisten endgiltig aufgehalten werden. Aber eben so wenig vermag man ihn über seine innere Natur hinaus zu beschleunigen, einerlei ob sich dies Robespierre, die Communards oder die heutigen Propagandisten der That vornahmen.

* * *

Was ist Sozialismus, was Anarchismus? Der Sozialismus, darüber sind sich seine verschiedenen Theoretiker einig, ist in erster Reihe eine Frage des Eigenthums.

Das Eigenthum oder auch Privateigenthum entwickelt sich langsam aus dem urwüchsigen Gemeineigenthum, und zwar in dem Maasse, wie die Polygamie zur Monogamie wird. Der Familienegoismus steht im Widerspruch zu dem Gesamt- oder Gruppenegoismus. Die Triebfedern desselben sind: für sich und seine Kinder fast ausschliesslich zu sorgen. Je mehr die Gruppen und Familien in der Verwandtschaft auseinandergehen, entstehen die Bedingungen zum Streit und Kampf zwischen den Stämmen und Gruppen. Diese Kämpfe verursachen Besitzergreifungen; und Sklaverei und Gewalteeigenthum sind zu feststehenden Einrichtungen geworden. Nebenher geht die Entwickelung des Ackerbaues, die dem Eigenthum den Stempel und Charakter eines selbstgeschaffenen Produktes durch Arbeit verleiht. Einehe, Besitzergreifung und Arbeit sind wohl die wesentlichen Ursachen der Entstehung des Eigenthums. Die Staatseinrichtung, welche sich auf diesem Eigenthum aufbaut, verschafft letzterem göttliche und menschliche Rechte. Das Eigenthum — so spiegelt es sich die menschliche Phantasie vor — ist nunmehr von Gott und dem Kollektivwillen gegeben. Wir sehen, wie zu jeder Zeit die Menschen die durch den Gesamtwillen vollbrachten Dinge mit den erhabensten und höchsten Attributen belegen, um ihre Handlungen zu rechtfertigen. Alles ist der Ausdruck der göttlichen Macht oder der ehernen Nothwendigkeit.

Das alte Privateigenthum organisirt im Eigenthümer seinen natürlichen Sachwalter, Buchhalter, seinen Schutzwächter der gesellschaftlichen Ersparnisse, wie seinen Kulturschöpfer. Die Produktion, zu eng und zu wenig ergiebig bei einer geringen Theilung der Arbeit, kann nur dem Eigenthümer Musse und Reichthum geben, damit er und die von ihm Versorgten sich der Kunst, Wissenschaft und Erfindung hingeben. Je mehr aber die Theilung der Arbeit und hiermit der Wohlstand für Alle, ferner die Sicherheit und Vollkommenheit des Verkehrs zunimmt, wird der Eigenthümer überflüssig und zuletzt nur noch ein Schmarotzer, dessen Arbeit im Kouponabschneiden und Geldvergeuden besteht. Der Eigenthümer ist lediglich Profiteigenthümer geworden. Sein Reichthum bildet sich aus Profit, herausgezogen aus der Arbeit Anderer, und ohne, dass er dafür eine Muskelbewegung als Aequivalent leistet.

Dies Verhältniss zu beseitigen hat sich der moderne Sozialismus zum Ziele gesetzt, nachdem er unumstösslich nachgewiesen, dass den Tribut an Bodenrente, Zins, Handels- und Unternehmergewinn — dem Mehrwerth oder der Besitzrente — als Abzügen vom Produkte des Arbeiters keine Gegenleistungen von Seiten des Kapitalisten gegenüberstehen.

Das Privateigenthum ist von jeher Gegenstand wissenschaftlicher und ethischer Kritik gewesen. Und alle Kritiker deckten die Schäden des Eigenthums auf und forderten an dessen Stelle, in mannigfaltigen Abstufungen, das Gemeineigenthum; ein Eigenthum, das Einigen Wohlstand und Freiheit, der Menge hingegen Noth und Knechtschaft bedeutet, musste diesen sitilich hochstehenden Geistern eine Schmach für die Menschheit, für die Zivilisation dünken.

Die bürgerlichen Oekonomen des Eigenthums haben nun aus dem Umstand, dass die Natur des Eigenthums seit Jahrtausenden angegriffen wurde, ohne jedoch beseitigt werden zu können, geschlossen, dass der Sozialismus Utopie gewesen und immer bleiben wird. Ueberall begegnet man heute noch in der Masse trotz der sozialistischen Aufklärung diesem Vorurtheil.

Bis auf Saint-Simon, Fourier und Louis Blanc glaubten die Sozialisten, ihre Systeme brauchten nur von den Menschen eingesehen zu werden, um zu jeder Zeit realisirt werden zu können; Fragen technischer und kommerzieller Art als nothwendige Bedingungen für die Einführung des Sozialismus gab es für sie nicht; die Erkenntniss war ihnen noch nicht aufgegangen, dass der Sozialismus nicht plötzlich eingeführt wird, sondern sich allmählich im Bauche der alten Gesellschaft entwickeln muss. Die modernen Sozialisten nennen aus diesem Grunde jene Sozialisten utopistische Sozialisten.

Proudhon trat als der Erste auf, der den Sozialismus als ein nothwendiges Ergebniss der ökonomischen Entwicklung forderte. Marx, der Proudhon anfangs feierte, später freilich sein grösster Gegner wurde, ist mit seiner historischen Methode, was das Wesen derselben anlangt, auch nicht über Proudhon hinausgegangen. Er hat es nur verstanden, in eindringlicher Weise die materialistische Geschichtsauffassung in den Vordergrund zu stellen und kraftvoll die ideologische Auffassung der Dinge in die Schranken zu rufen. Der Irrthum Proudhons bestand darin, dass er glaubte, durch die Organisation von Tauschbanken den Keim zu einer Entwicklung zu legen, die in kurzer Zeit den ganzen Kapitalismus aufsaugen würde. Marx wiederum nahm an, dass die rapide Konzentration des Kapitals binnen Kurzem ihren Höhepunkt erreichen und zu einer Katastrophe führen müsste; und der Zusammenbruch der kapitalistischen Organisation würde

die sofortige Konstitution der sozialistischen Gesellschaft zur Folge haben. Welche Macht diese Idee gehabt hat, ersehen wir daraus, dass bis Anfang der neunziger Jahre Köpfe wie Engels und Bebel fest daran glaubten, dass der grosse Kladderadatsch vor der Thür stehe.

Der Gegensatz zwischen Proudhon und Marx und mithin zwischen anarchistischem und demokratischem Sozialismus liegt in dem Umstande, dass Proudhon im persönlichen, vom Profit und der Rente befreiten Eigenthum und in der freien Initiative des Volkes den Sozialismus schaut, während ihn Marx im Kommunismus und der Staatsinitiative erblickt. Marx folgert diesen Kommunismus und die Regelung der Produktion durch den Staat oder die Gesellschaft aus der Entwicklung der ökonomischen Kategorien. Durch die zunehmende Theilung der Arbeit, die Entwicklung der Maschinenarbeit, der sich bis ins Ungeahnte ausdehnen kann, verliert immer mehr jedes Produkt den Charakter einer Einzelarbeit. Die Anzahl der Arbeiter, welche sich an der Herstellung eines Produktes betheiligen, wird beständig grösser, so dass die Messbarkeit des Antheils eines jeden Arbeiters an das Produkt vollständig verschwindet. Das Bewusstsein nimmt von diesem Akt in der Werkstatt Notiz, und die einzige Möglichkeit daraus ist die gemeinschaftliche Nutznießung des Produkts.

Ich möchte hierbei die bescheidene Einwendung machen: wenn diese Schlussfolgerung mathematisch sicher sein soll, so muss auch ihre Umkehrung gelten. Ist die gesteigerte Theilung der Arbeit die nothwendige Bedingung des Kommunismus, so musste doch in der Epoche, wo die Theilung der Arbeit gleich Null ist, auch die Form des Privateigenthums sich am reinsten ausprägen. Thatsächlich ist aber das Gegentheil der Fall gewesen, zur Zeit der Theilungslosigkeit der Arbeit herrscht gerade das Gemeineigenthum.

Hinter jener Deduktion scheint also ein Willensvorsatz zu stecken; die Wissenschaft als systematische Kenntniss dessen, was ist, hat sie noch nicht zur nothwendigen Folge.

Ist also Sozialismus keineswegs identisch mit Kommunismus in Marx-Engelschem Sinne, dann kann auch mit Recht von einem Gemeinsamen zwischen Sozialismus und Anarchismus gesprochen werden. Die Wahrheit sollte vielen Sozialdemokraten über den Begriff einer schieß gefassten Parteiwohlfahrt gehen. Ueberdies sind die kommunistischen Anarchisten noch viel weiter gehende Kommunisten, als selbst die Sozialdemokraten.

Das Trennende zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten liegt in ihrer Meinungsverschiedenheit in Bezug auf die erstrebten und erhofften Rechts- und Gesellschaftsorganisationen. Eine Organisation nach der historisch durchlebten Form der Demokratie dünkt den Anarchisten keine Gewähr einer idealen Freiheit. Sie sind der Hoffnung, dass die Menschheit sich nicht ewig begnügen wird mit einer Majoritätsherrschaft. Es gilt ein Prinzip zu suchen, welches dem Menschen volle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit garantiert. Die Anarchisten halten es für möglich, dass die Menschen nicht nur unter der Strafruthe und Hoheit des rechtlichen Zwanges ihr Zusammenleben zu regeln vermögen, sondern auch durch freie Uebereinkunft auf Grund von Konventionalregeln. Das Recht und die Exekutivgewalt, als etwas Erhabenes und Heiliges über den Menschen gesetzt, behauptet sich immer als Selbstzweck; diesen Götzen zu entfernen kann nur die Absicht der sich befreienden Menschen und Einzelnen sein. Trotz der fort-

schreitenden Theilung der Arbeit, ja, gerade durch sie bedingt, entwickelt sich stärker und stärker die Persönlichkeit. Der Arbeiter, ehemals todte Sache, dann Haus- und Lastthier, erhebt sich heute zum Menschenbewusstsein, die Majestät in seinem Innern schauend. Die Ungleichheit, die früher trotz der geringen Mannigfaltigkeit der Persönlichkeiten bestand, verwandelt sich in Gleichheit trotz der grösser und immer grösser werdenden Vielgestaltigkeit der Individualitäten.

Die Anarchie, das freie Sich-Ausleben der Persönlichkeiten, der Verkehr gleichstehender und gleichmächtiger Menschen kann sich nur allein mittels der successiven Nichtbenutzung der Gewalt verwirklichen. Gewalt, wieder durch Gewalt besiegt, ruft allezeit den unterlegenen Theil zu erneuter Gewalt auf. Gewaltlosigkeit durch das Mittel der Gewaltlosigkeit, das ist Anarchie in meinem Sinne.

Zum Schluss drängt sich mir noch ein Vergleich auf. Proudhon, zu seiner Zeit wegen seiner Friedfertigkeit, Legalität der Mittel und angeblichen Nichtanerkennung des Klassenkampfstandpunktes von Marx und später von dessen Schülern als Kleinbürgersozialist angegriffen, könnte es heute erleben, das seine kommunistischen Anhänger, die kommunistischen Anarchisten, mit den Marx'schen Ausdrücken die Sozialdemokratie angreifen, weil diese bis zum Klassenkampf im preussischen Landtage, Schulter an Schulter mit den Freisinnigen, und bis zur „Kompensationspolitik“ vorgeschritten sind.

Ueber Grubenbesitz und Grubenrecht.

Von

Henri van Kol.

(Haag.)

[Fortsetzung.]

III. Das Gesetz über die Bergwerke in Indien.

Die gegenwärtige Eigenthumsordnung der Bergwerke in Niederländisch-Indien basiert auf dem im preussischen System kodizirten Prinzip. War man früher der Ansicht, dass die Oberfläche vom Untergrunde nicht zu trennen sei, so hatte der Staat kein Recht, über die Minerale zu verfügen, weder Konzessionen zu ertheilen, noch sie sich selbst anzueignen. Vor 1850 wurde keine Konzession zum Minenbetrieb ertheilt, ohne dass gleichzeitig dem Betriebsunternehmer die Oberfläche der mineralhaltigen Schichten überlassen wurde. Nach Inkrafttreten der königlichen Verordnungen vom 2. September 1873 wurde das ganz und gar überflüssig. Diese Verordnung, welche die Entdeckungen und die Ausbeutung der Minen regelt, stützt sich auf folgendes Prinzip: Das Eigenthum eines Grundstücks umfasst das Eigenthum am Boden und am Untergrunde. Unter dem Boden kann der Eigenthümer nach Belieben bauen und graben und alle Früchte solcher Arbeit einheimsen, unter Vorbehalt der Bestimmungen, welche aus den Gesetzen und Polizeiverordnungen betreffend den Bergwerksbetrieb resultiren: Art. 571 des Bürgerlichen Gesetzbuchs²⁾. In der immerwährenden Pacht des Grundstücks ist der Untergrund mit den Mineralen nicht einbegriffen. Der Pächter ist verpflichtet, die Förderung der Minerale, sofern sie durch Konzession der Regierung bewilligt ist, zu dulden, in Gemässheit der durch die allgemeinen Verordnungen festgesetzten Regeln.

Wer auf einem Grundstück, das er nicht in Betrieb hat, nach Mineralen suchen will, muss zuvor die Erlaubniss der Direktion derjenigen Bezirksverwaltung nachsuchen,

²⁾ Art. 571 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für Indien ist gleichlautend dem Art. 626 des niederländischen und Art. 552 des französischen Code civil.

in deren Bezirk das Grundstück liegt. Die Direktion hat die Eigenthümer der Oberfläche in Stand zu setzen, ihre Rechte geltend zu machen.

In diesen Anordnungen finden wir eine Mischung von drei Prinzipien des Eigenthumsrechts der Bergwerke: des Kronrechts des Königs, des Domianialrechts der Ausbeutung durch den Staat oder des Verkaufs an den Meistbietenden und des Zubehörrechts, insofern dem Grundeigenthümer ein gewisser Vorzug eingeräumt wird. In Sachen des Bodenbesitzes hat man durch den Zusatz zur Agrarverordnung, dass das Prinzip aufrecht erhalten bleibt, wonach jedes Grundstück, für welches ein Eigenthumsrecht nicht nachgewiesen ist, dem Staate gehört, die Erde zum Staatseigenthum erklärt; auf den Bergwerksbesitz hat man diesen Text noch nicht anzuwenden gewagt.

Der Artikel 571 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für Indien bewilligt Entschädigungen nur dem Eigenthümer der Oberfläche, aber diese Art Eigenthum — ausgenommen das des Staats — hat in Indien keinen Sinn. Der grösste Theil des Grund und Bodens unterliegt dem einheimischen Recht, dem religiösen Herkommen, den Sitten und Einrichtungen des Volkes, und folglich kann nur vom Nutzungsrecht die Rede sein. So kann man sich fragen, ob man nicht bei Anwendung des neuen Gesetzes über die Bergwerke auf Niederländisch-Indien durch diese Eingriffe Schwierigkeiten mit der einheimischen Verwaltung ins Leben rufen wird. Allerdings hat man sich in diesen letzten Jahren bemüht, der indischen Regierung das Konzessionsrecht zu übertragen, und zwar durch neue Verträge mit einheimischen Monarchen oder durch Modifikation alter Verträge. Aber derartige Verträge, häufig mit der Unterschrift von Häuptlingen geringen Ansehens oder ihnen wider Willen abgerungen, haben wenig Werth. Viel Takt und besonders viel Ehrlichkeit wird nöthig sein, um bei dieser Jagd nach Reichtum und Vermögen Konflikte zu vermeiden!

Die niederländische Gesetzgebung weicht jedoch in mehreren Punkten vom indischen Eigenthumsrecht an den Mineralen ab und steht manchmal damit sogar im Widerspruch. Nach diesem Recht gehören Boden und Untergrund unlöslich zusammen. Das Wasser der Flüsse, das Salz der Küsten, die Kohle, das Gold und das Petroleum gehören der Allgemeinheit, ebenso wie die Fische des Meeres, die Vögel in der Luft, das Wild und die Früchte des Waldes und der Boden, auf dem Thiere und Pflanzen leben. Weder Häuptlinge noch Monarchen haben das Recht, von dem Erbe der Vorfahren einen Theil abzutreten ohne die einhellige Zustimmung aller Familienhäupter. Die Regierung hat nicht das Recht, sich den Grund und Boden oder die Minerale anzueignen, und in den Augen des Inders gilt jeder derartige Versuch als Akt der Gewalt und Räuberei. Die Holländer, sagte ein Eingeborener zu einem Residenten, zu dem er Vertrauen hatte, schleppten die Diebe vor Gericht, sie selber aber stehlen uns ungestraft unsere Ländereien, um sie uns dann später zu sehr hohen Preisen zu vermieten.

Unter unseren Verbündeten und guten Freunden von Minchassa herrscht allgemeine Entmuthigung und Unzufriedenheit, schrieb einer ihrer Häuptlinge, weil die Regierung beschlossen hat, unsere Ländereien sich anzueignen. Bei der Diskussion des Gesetzesentwurfs betreffend die Hebung der Kaffeekultur in Minchassa (die man durch flagranter, bis aufs Acusserste getriebene Rechtsverweigerung erzwungen hat), fragte ich den Minister, mit welchem Recht diese Ländereien zu Staatseigenthum erklärt worden seien. Herr Minister Cremer aber hüllte sich bei seiner Rede über diesen Punkt in vorsichtiges Schweigen. Der Widerstand der indischen Bevölkerung gegen die Aufsuchung und Ausbeutung der Bergwerke ist also sehr zu fürchten, wenn man nicht — wie ich in einem frühern Artikel: Das Gesetz über die indischen Bergwerke ausführte — den Besitzern die Vortheile der Ausbeutung in weitem Masse zukommen lässt. Im Bezirk Gorontalo befinden sich Sawahs (Reisfelder) und andere Aecker, die infolge des Betriebs von Gruben, wofür die Konzessionen schon ertheilt sind, unbenutzbar werden.

Ein Theil der Bevölkerung, lesen wir im Batav-Nieuwsblad (Batavische Zeitung), beabsichtigt, mit bewaffneter Hand sich zu widersetzen. „Aber,“ fügt das Blatt kaltblütig hinzu, „die Regierung ist gewarnt und wird nicht zögern, energisch einzuschreiten, um dieser gespannten Situation ein Ende zu machen. Was vor allen Dingen noth thut, das

ist, die Rädelsführer zu entfernen und die Bewegung streng zu unterdrücken.^a Das ist die Sprache des Vertheidigers der Geldleute. Was aber würden unsere holländischen Bauern sagen, wenn plötzlich eines Tags Fremdlinge, aus weiter Ferne herbeigekommen, sich auf unser Land stürzten, ihre Felder verwüsteten, ihre Ernten zerstörten, ihre Rechte verletzten und ihre Sitten umstürzten?

Es ist noch ein Glück, dass die Eingeborenen nicht erst bei einer Kommission nachzusehen brauchen, um die paar Goldplättchen an sich zu nehmen, die sich hier und da im Sand ihrer Flüsse oder im Erdreich ihrer Felder finden; aber selbst auf diese ärmliche Ausbeute wird man bald die gierigen Geier sich stürzen sehen und das schwache Lamm von der Quelle verschlucken, die es tränkte.

Das heisse Goldfieber glüht in den Adern all Derer, die in Indien Geld und Macht besitzen. Das Ansehn des Raths von Indien wurde erschüttert, als die Oeffentlichkeit zum Theil die Geschichte der Aktien von Bwool erfuhr; — damals trat zu Tage, wie die Machthaber des hohen Beamenthums, denen ihr Amt jede Betheiligung an solchen Spekulationen verbietet, sich in jenen Bergwerken eingenistet haben.

Der ganze Archipel scheint von diesem Goldfieber angesteckt zu sein. Ein Ausländer bemannte ein Dampfschiff, den Mc-Allister, unter der Bedingung, keinen andern Passagier als ihn aufzunehmen, und das zu dem Zweck, früher als jeder Andere die eine oder andere Konzession zu ergattern.

Ein Anderer stahl sich heimlich in einer Barke von einem Schiffe fort, das auf der Rhede lag, um bei Tagesanbruch zum Residenten zu gehen und als Erster eine ganze Reihe von Gesuchen anzubringen. Gerüchte verbreiteten sich über schlechte Behandlung der Kulis, über Grausamkeiten, die man gegen die Eingeborenen beging, die in den wilden Bergen und Wäldern das Gold erz suchen mussten. Aber wie viele solcher Thaten blieben unbekannt? Drei, vier, fünf Millionen Gulden wurden als Entschädigung bezahlt für die Zuträgung einer Konzession, die man von der Regierung fast umsonst, häufig durch Protektion und jedenfalls immer ohne Arbeit erlangt hatte.

Im Transvaal sind Haufen Goldes fast umsonst an Fremde gegeben worden, die nichtsdestoweniger fortfahren, sich über die Regierung der Boeren zu beschweren. Vom 1. Januar 1891 bis zum 31. Dezember 1897 haben die verschiedenen Gesellschaften, die über die claims verfügen, der Erde für 54 Millionen Pfund, d. h. für 648 Millionen Gulden Gold entnommen. Die Diamantgruben der Beers-Company lieferten jährlich einen Ueberschuss von 750 000 Lstr, gleich 9 Millionen Gulden, und von diesen Dividenden geht der grösste Theil nach Europa; nicht einmal dem Lande kommen diese gestohlenen Schätze zu gute.

Wird man in Niederländisch-Indien denselben Weg einschlagen und, wie in Südafrika, nicht durch unzähligen Nachtheil und Schimpf klug werden?

Wird man die Lehren vergessen, welche die Geschichte von Billiton uns giebt?

Der Minister Cremer scheint diesen Weg einschlagen zu wollen; das Bergwerksgesetz liefert den klaren Beweis dafür.

In Sachen des Eigentumsrechts will er dem Besitzer der Oberfläche die freie Verfügung über die Minerale abnehmen und das neue Bergwerksgesetz auf die selbständigen Souveräne anwendbar erklären, die das Recht, Gruben zu konzessioniren, der Regierung übertragen oder übertragen werden. Die Befürchtung, die Rechte der Eingeborenen zu verletzen, hat er nicht, denn diese Rechte beziehen sich nur auf den unter der eingeborenen Bevölkerung häufig vorkommenden Betrieb auf kleiner Stufenleiter. Er befürchtet auch ebenso wenig wie der Gouverneur — und dieser im Gegensatz zu seinem Vorgänger Bergsma — eine Gefahr aus dem klaren Aussprechen des Grundsatzes: dass die Minerale der Regierung gehören. Wo die im Bergrecht sachkundigen Juristen über den rechtlichen Charakter nicht einig sind, welcher den Mineralen zuzuerkennen ist, ob sie als Krongut, als wesentliches Zubehör des Bodens oder als herrenloses Gut anzusehen sind, da macht das für die Zwecke seiner Excellenz keinen Unterschied. Und dieser Zweck ist, die Minen-Industrie zu erleichtern, dem Suchen nach Mineralen so viel wie möglich alle Hinder-

nisse aus dem Weg zu räumen, dem Suchen und der Ausbeutung die grösste Freiheit zu verschaffen. Er will, mit einem Wort, mit allen Kräften die *Minen-Industrie* unterstützen, dem Kapital grosse Ueberschüsse verschaffen, und dafür nur $\frac{1}{100}$ vom Brutto-Produkt erheben! Man dekretirt also ganz einfach, unter Missachtung der historischen Rechte der Besitzer und Grundeigentümer: Alle im Boden liegenden Minerale gehören uns! ohne auch nur einen leichten Versuch zu machen, den Betrieb im allgemeinen Interesse zu leiten und die Expropriirten zu entschädigen. Mit allen Mitteln und in letzter Reihe mit Gewalt, zwingt man die Häuptlinge, auf ihre Jahrhunderte alten Rechte zu verzichten, und denkt nicht einmal an eine Entschädigung für diese Expropriation. Ist das ehrlich? Anstatt dafür zu sorgen, dass, wenn nicht Alles, so doch wenigstens der grösste Theil jener Reichthümer in die Staatskasse fliessen, um die schweren Steuern erleichtern zu können, die auf der Bevölkerung lasten, will man den Kapitalisten Vortheile und zwar grosse Vortheile verschaffen. Für den Staat erhebt man einen kleinern Antheil, und den Bewohnern der *Minenbezirke* lässt man nur einen erschöpften Untergrund und Ländereien, die zum Theil unbenutzbar geworden sind. Dieses reiche Land wird eines Tages arm werden, weil man es durch Auslieferung an die unersättlichen Kompagnien und an das habgierige Kapital der Schätze beraubt haben wird, womit es die Natur so freigebig ausgestattet hat.

[Schluss im folgenden Hefte.]

Die soziale Bedeutung der Genossenschaft.

Von

Franz Oppenheimer.

(Berlin.)

[Fortsetzung.]

Als die Genossenschaft vor nunmehr fünfzig Jahren die öffentliche Bühne Deutschlands betrat, da glaubte sie an sich und ihre Mission, wie ihr Vater, der Liberalismus, selbst daran glaubte. Heute ist sie kleinmüthig geworden, weil ihre Blühenräume nicht gereift sind, und leugnet jene Hoffnungen ihrer ersten Jugend ab. Heute begnügt sie sich resignirt damit, wirthschaftende Menschen im Kampfe um die soziale Existenz zu stützen und zu fördern, gewiss auch ein Ziel, des Schweisses der Edlen werth. Aber kein Leugnen kann aus der Welt schaffen, dass die Genossenschaft in ihrer Jugend mehr erreichen wollte, viel mehr! Sie wollte nicht einzelne Menschen, und seien es Hunderttausende, über ihre Klasse heben, sondern sie wollte die Klassen heben, die Klassen als ganze. Wenn Buchez, Proudhon und Schulze-Delitzsch einzelne Handwerker lehrten, sich durch genossenschaftliche Vereinigung die Rohstoffe, die Maschinen, die Geldmittel und die Magazine zu denselben Bedingungen zu verschaffen, wie sie der kapitalistische Grossbetrieb hatte, so wollten sie damit Beispiele geben, denen alle Handwerker folgen könnten und würden, um ihre Klassenlage zu heben. Wenn Schulze den Konsumverein und die Baugenossenschaft, die einzigen reinen Arbeitergenossenschaften, in sein ursprünglich kleinbürgerliches System aufnahm, so wollte er damit die Kaufkraft des Lohns der ganzen Arbeiterschaft erhöhen; wenn er schliesslich „den Gipfel des Systems“, die Produktivgenossenschaft, begründete, so wollte er damit nicht zwingig oder zweihundert Arbeiter zu wohlthätigen Unternehmern machen, sondern wollte ein weithin sichtbares Beispiel geben, dem Hunderttausende nachzueifern sollten, um ihre Lage nicht nur, sondern diejenige der ganzen Klasse zu heben.

Seine Anhänger und Nachfolger bestreiten das heute mit förmlicher Wuth. Sie erblicken darin augenscheinlich den Vorwurf des Utopismus, der thörichten

Schwärmerei und Träumerei. Nun, ich mache Schulze diesen Vorwurf. Denn es ist in meinen Augen kein solcher. Ich selbst bin der Ueberzeugung, dass die Genossenschaft berufen ist, die soziale Frage zu lösen.

Nur freilich muss man die Worte in dem Sinne brauchen, den sie haben, muss ihnen nicht einen fremden Sinn unterschieben. Wenn ich von einer „Lösung der sozialen Frage“ rede, so meine ich nicht, dass unsere Wirthschaftsordnung abgeschafft und durch eine ganz neue ersetzt werden müsse, etwa durch eine kommunistische. Ich meine nur, dass unsere Wirthschaftsgestaltung durch die Genossenschaft so verändert werden soll und wird, dass der Antheil des privilegierten Müssigganges an dem nationalen Gütervorrath ungeheuer sinkt und der Antheil der schaffenden Arbeit ungeheuer steigt. Und das meinte Schulze-Delitzsch auch! Wer das bestreitet, um ihm den Vorwurf des „Utopismus“ zu ersparen, lästert sein Angedenken. Der ganze Unterschied zwischen seiner und meiner Auffassung ist eigentlich nur ein solcher der Quantität. Ich glaube nämlich, dass allmählich der Antheil des privilegierten Müssigganges auf Null sinken und der Antheil der schaffenden Arbeit den ganzen Gütervorrath des Volkes umfassen wird. So weit gingen seine Hoffnungen nicht.

Nicht aber das Maass meiner Hoffnungen erklären meine Gegner, die jetzigen Nachfolger Schulzes, für utopisch, sondern meine Hoffnung überhaupt. Sie halten nicht nur unsere Wirthschaftsordnung, sondern auch unsere Wirthschaftsgestaltung für „ewig“. wahrscheinlich, weil sie vor fünfzig Jahren erst entstanden ist, und jede Hoffnung auf eine gründliche Aenderung für „utopisch“. Dann war aber auch Schulze ein „Utopist“.

Wenn ich hier ein den Berlinern besonders verständliches Beispiel nennen soll, so wollen wir mit der sozialen Frage unsere alte Panke vergleichen in jenen Zeiten, in denen sie noch die Karlstrasse und Umgegend verpestete. Die Konservativen und Auliberalen sagen: sie hat immer gestunken und wird in alle Ewigkeit stinken, das ist ein „Naturgesetz der Panke“. Die Kommunisten sagen: sie soll und muss aufhören zu stinken, und dazu müssen wir ein Mittel finden, das den Fluss bergauf strömen lässt. Die Genossenschaft aber ist der Wasserbaumeister, der garnichts sagt, aber die stinkenden Zuflüsse abdämmt und in Kanalisationsröhren abführt. Und seitdem stinkt die Panke nicht mehr, obgleich das Wasser nach wie vor bergab fliesst, und kein Gott eingegriffen hat, um das „ewige Naturgesetz“ zu brechen.

Ich hoffe, ich habe mich verständlich gemacht und kann jetzt zu der Methode übergehen, mit der ich die einmal kühnlich als lösbar bezeichnete Aufgabe anfassen will.

Denn das wissen wir ja Alle: auf dem von Schulze-Delitzsch und seinen Nachfolgern begangenen Wege ist nichts erreicht worden und kann nichts erreicht werden, was über die Hebung Einzelner aus ihrer Klasse herausreicht. Die Einwände, die 1863 der schärfste Kopf, der genialste Denker des Jahrhunderts, Ferdinand Lassalle, dem Vater der deutschen Genossenschaft machte, sind heute noch unwiderlegt und unwiderleglich, seine Prophezeiungen haben sich bestätigt. Die Handwerker-genossenschaften: Rohstoff-, Werk- und Magazin-genossenschaft sind als völlig gescheitert zu bezeichnen, sie haben durchaus nichts geleistet, was gegen den Umfang ihrer Aufgabe in Betracht käme. Die Kreditgenossenschaften, der Stolz Deutschlands, die gewaltige Organisation mit ihren anderthalb Milliarden jährlicher Darlehen, haben gewiss viele wankende

Existenzen gestützt, haben gewiss vielen intelligenten Handwerkern das Aufsteigen zum Unternehmertum erleichtert oder sogar erst ermöglicht; aber sie haben den Rückgang des Handwerks in denjenigen Zweigen, die die Maschine gumewälzt hat, nicht einmal verzögern können. Wenn die deutschen Kreditgenossenschaften mit Stolz auf den starken Prozentsatz von Handwerkern hinweisen, die in ihren Mitgliederlisten geführt werden, so handelt es sich hier fast nur um Handwerker-Unternehmer oder um Angehörige solcher Handwerker, die die Maschine noch nicht bedroht.

Die einzige Arbeitergenossenschaft, die gewaltige Erfolge erzielt hat, der Konsumverein, hat gleichfalls Unendliches geleistet, aber doch Nichts für die eigentliche Aufgabe der Genossenschaft, die darin besteht, den Vertheilungsmodus zwischen Kapital und Arbeit für die Arbeit günstiger zu gestalten. Er hat die höchste Schicht der Arbeiter stark gehoben, aber nicht den Arbeiterstand als Ganzes; denn er versagt gegenüber den Klassen der grössten Noth, gegenüber den Arbeitslosen und der Heimindustrie, und versagt fast regelmässig an den Stätten der grössten sozialen Noth, in den Grossstädten. Er trifft nicht die Belastung der Arbeiter durch die städtische Wohnungsmiethe und trifft überhaupt nicht das Verhältniss zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Er schaltet günstigenfalls überflüssige Zwischenhändler aus.

Ich bin ein warmer Freund des Konsumvereins und empfehle ihn als Stütze der kleinen Existenzen und namentlich als Vorschule der genossenschaftlichen Praxis und Gesinnung: aber er stellt höchstens einen Laufgraben dar, die Bresche kann er nicht brechen. Die Hoffnungen der reinen Konsumvereiner, die aus der „Organisation der Kundschaft“ allein die Lösung der sozialen Noth erwarten, sind eitel. Nur als Vorbereitung für die Produktivgenossenschaft muss man die Konsumvereine gelten lassen. Dann freilich ist er geradezu das ideale Mittel zur Emanzipation der Arbeit.

Aber freilich nicht für die industrielle Produktivgenossenschaft! Kein genossenschaftlicher Versuch hat ein so jämmerliches Fiasko erlitten, wie diese Form, die nach Schulze-Delitzsch' Hoffnung das Gebäude krönend vollenden sollte. Von tausenden von Versuchen, die überall mit Aufwendung grosser Geldmittel und Verschwendung noch viel grösserer moralischer Reichthümer gemacht sind, sind nur ganz wenige am Leben geblieben, und diese wenigen sind keine Genossenschaften geblieben, sondern haben sich ausnahmslos in kapitalistische Verbände verwandelt, die nur noch den Namen und die Maske der Genossenschaft tragen. Ich habe in einer grossen, alle Länder umspannenden Untersuchung den Nachweis führen können, dass es sich hier um keine Zufälligkeit handelt. Ein chernes Gesetz verwandelt die Produktivgenossenschaft, sie ist unmöglich.

Ich glaube, es ergeht uns, wie dem Jüngling von Saïs. Wir haben den Schleier von dem verhüllten Bilde fortgezogen, und das Nichts graust uns an. Die kurze Uebersicht, die ich geben konnte, zeigt uns, dass die Genossenschaft in ihrer bisherigen Ausgestaltung nichts, aber auch garnichts für das leisten konnte und kann, was ich als ihre eigentliche Aufgabe bezeichnet habe, nämlich für die Umgestaltung unserer Wirthschaft in dem Sinne, dass der Arbeit ein grösserer, dem Kapital ein kleinerer Antheil zuflüsse als bisher.

Dieses Ergebniss wird nirgends bestritten. Die Nachfolger und Schüler Schulze-Delitzsch' geben es ohne Weiteres zu, helfen sich aber damit, dass sie der Genossenschaft diesen sozialen Beruf überhaupt bestreiten. Sie sind angeblich mit ihren Erfolgen zufrieden. Stören wir sie nicht in ihrer Bescheidenheit, lassen wir uns aber dadurch nicht verleiten, ebenso anspruchslos zu sein.

Auch die Sozialdemokratie ist vollkommen derselben Ansicht. Seit den Tagen Lassalles hat diese sich nicht wesentlich geändert, nur, dass die Partei auch seinen ebenso grandiosen wie grotesken Plan einer Massengründung von Produktivgenossenschaften mittels Staatshilfe hat fallen lassen, und dass sie sich neuerdings zu den Konsumvereinen weniger unfreundlich stellt, nachdem namentlich die sächsischen Vereine sich als stattliche Zuströme für die Parteikassen herausgestellt haben. Aber sie sprechen nach wie vor der Genossenschaft grundsätzlich jede Möglichkeit ab, die sozialen Dinge irgendwie wirksam zu beeinflussen. Erst in den letzten Tagen haben sich einige Gewerkschaften (Hamburg) wieder zu weitergehenden genossenschaftlichen Hoffnungen und Plänen aufgeschwungen.

Ich denke zu beweisen, dass diese Ansicht irrig ist. Wenn ich der Sozialdemokratie Recht gebe in Bezug auf die soziale Wirksamkeit der bisher versuchten Formen der Genossenschaft, so bestreite ich, dass damit etwas bewiesen sei für noch nicht erprobte Formen derselben. Um ein Beispiel zu brauchen: wenn Jemand zehn unbrauchbare Modelle eines elektrischen Motors hergestellt hat, so folgt daraus noch keineswegs, dass der Motor unmöglich sei. Das elfte oder zwölfte Modell kann Alles leisten, was man erwartet.

Bleiben wir bei dem Beispiel! Wir wissen, dass man in früheren Zeiten alle praktischen Dinge durch den Versuch gelöst hat. Man probirte so lange, bis man am Ziele stand. Heute geht man in der Technik anders vor. Man konstruirt technische Dinge auf dem Papier mit Hilfe wissenschaftlicher Berechnung. Und wenn auch der Versuch zuletzt immer die Probe auf das Exempel machen muss, so hat doch gerade die deutsche Industrie ihre herrschende Stellung auf dem Weltmarkte wesentlich dem Zusammenwirken mit der abstrakten Wissenschaft zu danken. Ich erinnere nur an unsere chemische Industrie.

Die Genossenschaft hat mit dem blossen praktischen Probiren nichts erreicht, darüber sind sich, wie gesagt, Freund und Feind, einig. Ich habe nun auf breitester Grundlage den Versuch gemacht, die Frage wissenschaftlich, mit mathematischer Rechnung, anzufassen, und glaube auf diesem Wege die Lösung des Problems entdeckt zu haben. Natürlich gelte ich den „Praktikern“ als „blosser Theoretiker“ und werde höhnisch belächelt. Ich bin aber verstockt genug, dies für einen Beweis mehr für die Richtigkeit meiner Auffassung zu halten.

[Fortsetzung in nächsten Hefte]

Rundschau.

Bücher.

Alfred Grotjahn: Der Alkoholismus nach Wesen, Wirkung und Verbreitung. Leipzig, 1898; Georg H. Wigands Verlag.

Der Alkoholismus ist in seinen verschiedenen Erscheinungsformen von so grossem

Einfluss auf die ganze Lebensführung grosser Kreise des Volkes, dass es demgemäss auch eine sehr bedeutende Litteratur darüber giebt, in der alle möglichen Gesichtspunkte geltend gemacht werden. Das Grotjahnsche Buch bildet entschieden eine werthvolle Bereicherung dieser Litteratur. Frei von allen Einseitig-

keiten, beleuchtet es die Frage von allen Seiten und gipfelt in Erwägungen, die eine durchgreifende Verminderung der Trunksucht nur daher erwarten, von wo allein sie kommen kann, von durchgreifenden sozialen Reformen.

Streng systematisch aufbauend, lehrt uns der Verfasser, nach einer kurzen Einleitung, zunächst die physiologischen und pharmakologischen Wirkungen des Alkohols kennen; die Wirkung kleiner Mengen, der Rausch als die akute Vergiftung, und der chronische Alkoholismus bilden den Gegenstand der ersten drei Kapitel. Schon bei diesen Erörterungen zeigt sich als einer der Hauptvorzüge des Buches die absolute Unparteilichkeit und der Mangel jeder Voreingenommenheit, die doch sonst gerade bei der Behandlung der Alkoholfrage die Regel zu sein pflegt. Im vierten Kapitel wird der Werth des Alkohols als Heil-, Nähr- und Genussmittel diskutiert; zum Vergleiche wird der Werth der anderen populären Genussmittel ähnlichen Charakters, des Tabaks, Kaffees und Thees herangezogen. Vor ihnen allen hat der Alkohol eines voraus: er ist ein Nahrungsmittel, das bei mangelhafter anderweitiger Kost durch seine leichte Verbrennbarkeit einen Theil der Wärmeausgaben des Körpers zu decken im Stande ist; er dient bei voluminösen und schwer verdaulichen Nahrungsmitteln, namentlich Kartoffeln, als Würze; er ruft endlich, auch unabhängig von den Eindrücken des umgebenden Milieus, Euphorie, ein behagliches, wohliges Gemeingefühl hervor. So lange bei grossen Kreisen des Volkes die Unterernährung und der Mangel aller Lebensgenüsse die Regel bildet, wird auch der Alkohol nicht zu entbehren sein.

Im zweiten Theil des Buches geht der Verfasser den Ursachen des Alkoholismus nach. Mancher wird Alkoholist aus neuropathischer Konstitution, entweder direkt in Folge psychischer Minderwerthigkeit, oder die letztere giebt die Basis ab, auf der die anderen Alkoholismus verursachenden Faktoren ihre Wirksamkeit entfalten. Klima und Rasse sind von grossem Einfluss auf das Auftreten und die Verbreitung des Alkoholismus. Die Herstellung der alkoholischen Getränke und ihr Vertrieb bringt weite Kreise der Bevölkerung ständig mit dem Alkohol in Berührung und bildet so einen ewig neuen Anreiz zum Missbrauch; am gefährlichsten sind hier die Hausbrennereien, die mit einem Minimum an Produktionskosten arbeiten und relativ die meisten Individuen an der Herstellung betheiligen. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Verbreitung des Alkoholismus ist der allgemein acceptirte Brauch, bei jeder Art geselliger Vereinigung alkoholische Ge-

tränke zu geniessen. Freilich ist hier nicht zu vergessen, dass für den Arbeiter, der heute seine politischen Interessen durch den Zusammenschluss mit Gesinnungsgenossen wahrnehmen will, die Schenke den einzigen Ort bildet, wo er diesen Zusammenschluss bewerkstelligen kann, da die elenden Wohnungen auf der einen Seite und die Beschränkung des Koalitionsrechts auf der andern ihm nur noch diesen einen Weg offen lassen. Als Hauptursache des Alkoholismus lernen wir aber die sozialen Verhältnisse kennen. Intensität und Extensität der Arbeit, Staub, Hitze und schädliche Dämpfe, dabei unzureichende Ernährung, elende Wohnung, Mangel jeglichen Komforts und Unzugänglichkeit anderer Genüsse, das Alles wirkt zusammen, um den Proletarier zu zwingen, den alkoholischen Getränken in seinem Genussleben den ersten Platz anzuweisen. Wie soll da Besserung geschaffen werden?

Mit dieser Frage beschäftigt sich der dritte Theil des Buches. Die Heilung der schon vorhandenen Trunksucht bei dem einzelnen Individuum kann nur in geschlossenen Anstalten erreicht werden, und auch da nur unter ärztlicher, nicht unter religiöser Einwirkung. Es muss überhaupt endlich der Standpunkt angenommen werden, dass die Trunksucht keine „Sünde“, sondern eine Krankheit ist. Das trunksüchtige Individuum hat nicht den freien Willen, Alkohol zu geniessen oder nicht, und darum haben auch die zahlreichen Mässigkeitprediger der Vergangenheit, meistens Geistliche, immer wieder so klägliches Fiasko gemacht. In dieser Beziehung steht auch heute noch der Deutsche Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke keineswegs auf der Höhe seiner Aufgabe.

Mehr kann schon auf dem Wege der Gesetzgebung erreicht werden, sobald nur erst die Aufgaben klar erkannt sind, und man nicht mehr das Wohl des Volkes bedingungslos den Interessen der ostelbischen Brennereibesitzer opfert. Eine hohe Besteuerung des Branntweins bei vollständiger Steuerfreiheit des Bieres und allmähliche Vernichtung der Hausbrennereien würde schon viel leisten. Beschränkung der Schankstellen und deren Uebernahme durch gemeinnützige Gesellschaften (Gothenburger System) wäre ein weiterer Schritt.

Eine durchgreifende Besserung ist aber nur zu erwarten von einer Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen. Mit dem Aufhören der Unterernährung, dem Schwinden der Wohnungsnoth, der Gewährung völliger Koalitionsfreiheit würden auch die Bedingungen fortfallen, die den Proletarier

heute allen schönen Reden und Ermahnungen zum Trotz immer wieder dem Alkohol in die Arme treiben

L. Mann.

Sébastien Voirol: En vue du désarmement.
(Autour d'un projet.) Paris 1899; A. Charles, Libraire-Éditeur.

Der Abrüstungsgedanke, der von autoritativer Stelle plötzlich in das waffenstarrende Europa geworfen ist, hat naturgemäss auch der Projektmacherei ein weites Feld geöffnet. Die vorliegende kleine Schrift bringt einen in seiner Art ziemlich originellen Vorschlag. Der Autor plädirt für die Bildung einer internationalen Armee, die den ersten Schritt auf dem Wege des Weltfriedens darstellen soll. Der Kern der Truppen aller Länder würde das einheitliche Ziel haben, Feinde von Aussen, unzivilisirte Nationen fern zu halten. Eine ähnliche Institution besitzt bereits Kreta. Es entstande dann eine Art internationaler Polizeidienst, und durch die Kenntniss der einzelnen Truppenkörper unter einander würde auch die Idee der Superiorität gegenseitig verschwinden. Das internationale Heer würde gleichzeitig den Völkern die segensreiche militärische Schulung der männlichen Jugend gewährleisten, ohne sie zu sehr in Anspruch zu nehmen. Die Fragen über Garnison, Fahnen etc. wären dann nur noch sekundärer Art. Europa wäre dann ein Reich, „Vereinigter Staaten“, wie Amerika. Voirol führt als Gesinnungsgenossen mehrere bekannte Namen auf. Die Frage wurde auch schon in manchen Tageszeitungen, die keine anderen Sorgen zu haben scheinen, ernsthaft diskutirt.

Ida Häny-Lux.

Revuen.

Das neue Jahr hat uns auch neue sozialistische Zeitschriften gebracht.

In Italien giebt Saverio Merlino jetzt eine Monatschrift heraus, die **Rivista Critica del Socialismo**. Merlino ist unter den italienischen Sozialisten zweifellos einer der bedeutendsten Köpfe; ein von ihm redigirtes Blatt hat daher eo ipso einen Anspruch auf unser Interesse. Merlino, der dem anarchistischen Doktrinarismus längst entwachsen ist, will in seinem Organ zunächst praktische Politik treiben; die dort behandelten Gegenstände sollen alle diejenigen Gebiete umfassen, die mit dem praktischen Leben und den praktischen Forderungen zusammenhängen. Ein besonderer Raum ist den verschiedenartigsten Meinungsäusserungen über sozialistische Grundgedanken von Freund und Feind offen gelassen, und wenn die Rivista sich wirklich, wie sie im Vorwort angiebt, von den in Italien so häufigen leeren

Wortfechtereien fernzuhalten versteht, so haben wir einen guten Freund in ihr gewonnen.

Seit Januar erscheint ferner unter dem Titel: **Le Mouvement Socialiste** in Paris eine von H. Lagardelle redigirte neue Halbmonatschrift, die sich zum Ziel setzt, die von der Arbeiterschaft und der sozialistischen Partei aller Länder angeregten und ausgeführten Ideen und die dadurch praktisch oder wissenschaftlich erreichten Erfolge zu besprechen. Sie soll in erster Linie ein aktuelles und ein Kampforgan sein; zunächst stellt sie sich die Aufgabe, zur Einigung der französischen Sozialisten beizutragen. Als Mitarbeiter figuriren die ersten Kräfte des internationalen Sozialismus: Jaurès, Liebknecht, Vandervelde, Adler, Kautsky u. A. m. Man kann der Entwicklung dieser Zeitschrift mit den besten Erwartungen entgegensehen.

Die **Revue des Revues** bringt aus der Feder von Camille Pelletan einen Ueberblick über das französische Budget, der auf Uebelstände hinweist, wie sie verhängnissvoller nicht gedacht werden können.

Frankreich hat gegenwärtig die höchsten Steuern Europas und weist durchaus nicht eine dementsprechende Förderung der öffentlichen Interessen auf. Die Seehäfen verfallen immer mehr, die Eisenbahnen stehen erst an sechster Stelle unter den europäischen Bahnen, das Militär ist nicht genügend besoldet, die Zahl der Postbureaus entspricht nicht dem thatsächlichen Bedürfniss, die Kolonien ertragen nicht so viel wie diejenigen anderer Länder, und doch interessiren diese Fragen die öffentliche Meinung weit weniger, als z. B. der Panamaskandal oder die „Affaire“.

Auf den Kopf fallen in Frankreich Staatssteuern 73—74 Fres., Staats- und Gemeindesteuern 90—92 Fres. gegenüber England (das den Steuerzahlern bedeutend mehr für ihren Beitrag an die Staatswirtschaft bietet) mit 62 Fres., Deutschland mit etwas mehr als 30 Fres., Oesterreich mit 44 Fres., Holland mit 44,50 Fres., Dänemark mit 34,40 Fres. und Belgien mit 31 Fres. per Kopf.

In Deutschland werden die Steuerzahler namentlich durch die dem Saate zu fallenden Einkünfte von Eisenbahnen, Minen, Waldungen etc. entlastet, während in Frankreich alle diese Einnahmen in die Taschen weniger Einzeller fließen.

Dazu kommen noch die indirekten Steuern; Tabak, Streichhölzer, Schiesspulver zu Jagdzwecken sind Monopol, und die direkt empörende Steuer auf Zucker und andere Lebensmittel. Die indirekten Steuern bedrücken naturgemäss den kleinen Mann am meisten.

Kein anderer Staat macht, wie Pelletan meint, so sehr ein Geschäft aus dem Post-

wesen das doch einzig und allein eine dem Interesse Aller dienende Institution sein sollte. Kein Staat hat überdies ein so veraltetes Steuersystem, dessen jeweilige Abänderungen nur im Hinzufügen neuer Abgaben bestand.

Eine furchtbare Ungerechtigkeit schliessen die sogenannten Repartitions- (Vertheilungs-) Steuern in sich, die nicht etwa im Verhältniss zum Einkommen stehen, sondern in der Art vertheilt werden, dass sie im Budget festgesetzte Summe zu gleichen Theilen von allen steuerpflichtigen Objekten des Landes zusammengescharrt wird. In den letzten 15 Jahren hat diese Steuer auf einzelne Gegenstände bis zu 45% zugenommen, ohne dass dieser Erhöhung irgend welche reelle Werthvermehrung zu Grunde läge. Der Städter bezahlt seine Steuer im Verhältniss zu der Wohnung, die er bewohnt, und dem Bauern, der doch meistens im eigenen Hause wohnt, werden auf blossen Augenschein hin Miethen und in Folge dessen Steuern angerechnet, die er kaum zu leisten vermag. Ganze Dörfer sind deshalb entvölkert, da alle arbeitsfähigen Individuen auswandern, es fällt dann auf die Zurückbleibenden, die Alten und Schwachen, die ganze Last der dem Orte zgedachten Steuern.

An Sporteln und Stempelsteuern setzt Frankreich für das nächste Jahr 527 resp. 179 Millionen Fres. an, während England 468 Millionen, Deutschland 160 Millionen, Italien 200 Millionen Fres. einnehmen. Durch diese Abgaben wird jede Aktivität gelähmt, Grund und Boden sind nicht mehr eine Grundlage der Standeswohlfaht, sie sind auch nicht mehr realisirbare Werthe. Von dem erwähnten Satz macht die Erbschaftsteuer kaum ein Viertel aus, obschon auch diese so hart ist, dass z. B. schon Waisen für ihr kleines Erbtheil an Land und dergl. mehr Sporteln zu bezahlen hatten, als sie vom Verkaufe lösten. Ein Theil der Bevölkerung wird ja natürlich durch diese Art des Vorgehens fett, das sind die Notare etc. Es ist auch für einen Geschäftsmann, der schlechte Zeiten durchmachen musste, fast unmöglich, sich wieder emporzuschwingen.

Auch die Zollmaassregeln sind in Frankreich derart, dass sie den ökonomischen Kampf aufs Aeusserste erschweren. Steuererhöhungen sind fast zur Unmöglichkeit geworden, man ist bereits bis zur letzten Grenze gegangen; aber erst das thatsächliche Defizit wird die Regierung veranlassen, wirkliche Reformen einzuführen.

Den immer spärlicher werdenden Einnahmen gegenüber steht ein Ausgabe-Etat von 3 Milliarden 600 Millionen Fres. (mit Departements- und Gemeinde-Ausgaben

4½ Milliarden). England hat eine Milliarde weniger Ausgaben, Russland hat 4 Milliarden. Im Verhältniss zu den Finanzen betragen in Russland die Ausgaben 40 Fres. auf den Kopf, in Frankreich 90 Fres. Alle anderen europäischen Nationen verbrauchen weit weniger. Die Hauptposten im Ausgabebudget sind: Schulden, Militär, Kolonien. Man weiss so ungefähr, dass die Schuldenlast 3 Milliarden übersteigt, genau wissen will das gar Niemand. Pelletan selbst hat 1890 eine Zusammenstellung versucht, konnte aber bei der kolossalen Verwirrung der Geschäfte die Dinge nicht ganz klar legen; auf die nächste Zukunft erst ist eine genaue öffentliche Abrechnung in Aussicht gestellt. Im Finanzdepartement scheint Niemand eine klare Vorstellung davon zu haben, was eine Staatsschuld ist, und daher werden die unglaublichsten Manipulationen ausgeführt, mit denen freilich die Börsianer glänzende Geschäfte machen. Pelletan schätzt die thatsächliche Staatsschuld auf 6 Milliarden Fres., da die Franzosen nie ehrlich, wie es z. B. Nordamerika machte, das Geld zu 7% aufnahmen und dadurch eine Konversion ermöglichten, die das Land schliesslich gerettet hat, sondern einfach ihren Gläubigern weit höhere Summen verschrieben, als sie bezogen. So hat eine 3% Anleihe dem Staatsschatz 3459 Millionen eingebracht, wogegen es seinen Gläubigern 4254 Millionen gut schrieb. Die Warnung einsichtiger Männer wie Pelletan wurde einfach in den Wind geschlagen. Die Zinsen belaufen sich jährlich auf 1160 Millionen.

Das Militär kostet gleichfalls 1020 Millionen (Deutschland 820 Millionen), die Marine mehr als die von Deutschland, Oesterreich und Italien zusammen, und der Nutzen der Kolonien, die zum Vorwand für diese kolossalen Ausgaben dienen, ist verhältnissmässig gering. Das Geld wird direkt vergeudet und zu den unwürdigsten Machinationen im Interesse Einzelner verwendet.

Die Bevölkerung der Kolonien beläuft sich auf 40 Millionen Menschen; diese beziehen von Frankreich Waaren für 120 Millionen, kosten das Land aber 80 Millionen. Die Franzosen geben für ihre Kolonien mehr aus, als alle anderen Völker zusammen (exclusive die Besitzungen am Mittelmeer). Sie kolonisiren nicht, sie erobern, je nach der Laune des führenden Offiziers. So geschah die Eroberung des Sudan ganz gegen den ausdrücklichen Willen der französischen Regierung, auf Anregung einiger grossen Persönlichkeiten hin.

Solche Fälle von Disziplinlosigkeit sind durchaus nicht selten, und schliesslich muss eben die Regierung die gemachten Ausgaben bezahlen.

Für öffentliche Arbeiten, für das Postwesen bleibt fast kein Geld mehr. Für die Post incl. Telegraph, Telephon bezahlt Frankreich 157 Millionen (4 Fres. per Kopf), England 260 Millionen (6,50 Fres. per Kopf), Deutschland 364 Millionen (7 Fres. per Kopf). Frankreichs Postwesen steht in Europa auf der zehnten Stufe.

Madagaskar kostet Frankreich mehr als das Instandhalten aller französischen schiffbaren Flüsse und Seehäfen, der Niger im Sudan verschlingt zehnmal mehr, als alle Flusskorrekturen im Lande selbst. Deutschland verwendet für seine Kolonien 10 Millionen, Preussen allein gab 1896–1897 für Flüsse und Kanäle 44 Millionen, für die Seehäfen 11½ Millionen aus.

Die Zukunft Frankreichs hängt nun ganz davon ab, ob und welch andere Maassregeln im Finanzwesen getroffen werden; wie die Sachen jetzt liegen, befindet sich Frankreich am Rande des Abgrunds. —

Ueber die Rolle, die die improvisirten Heere in der Geschichte spielen, veröffentlichte Gaston-Moch im Februar-Heft der Revue Blanche einen höchst beachtenswerthen Artikel.

Von allen europäischen Staaten hat einzig die Schweiz das reine Milizsystem im Heere beibehalten, und so sehr auch dasselbe den ausgezeichnet geschulten anderen Heeren an absolutem Werth nachsteht, ist es doch für die politische Stellung der Schweiz unzweifelhaft das weitaus Richtigeste.

Die Frage über den Werth eines Heeres dreht sich aber hauptsächlich um den Punkt, ob aus einer Miliz im Nothfalle tüchtige Führer hervorgehen, die den Sieg sichern.

Nach Moch ist das Kriegführen eine „Kunst“, bei der durch die Inspiration mehr geleistet wird, als durch langjähriges Studium; neben dem genialen Feldherrn muss freilich einer stehen, der die Gesetze der Kriegskunst kennt, und der die praktische Ausführbarkeit der Ideen des Feldherrn ermöglicht. Die Eigenschaften, die einen Feldherrn gross machen, sind aber die charakteristischen Züge der Jugend: Kraft, Energie, schneller Blick und rasche Entscheidung. Auch Napoleon hatte als abwägenden Berater den um 16 Jahre älteren erfahrenen Offizier Berthier. Aus diesen Voraussetzungen ist leicht der Schluss zu ziehen, dass ein Feldherrn genie in einem Milizheer ebenso leicht oder ebenso schwer auftauchen wird, wie in einem stehenden Heere.

Wenn es sich also darum handelt — da man bekanntlich auf ein Genie als mitwirkenden Faktor mit Bestimmtheit nicht rechnen kann — ein Heer im Nothfalle

kriegstüchtig zu machen, so muss die Ausbildung eines allen Verhältnissen gewachsenen Generalstabes eine Hauptaufgabe sein, und es ist eine erwiesene Thatsache, dass der schweizerische Generalstab zu den ersten Europas gezählt wird, da er unter äusserst günstigen Bedingungen arbeiten kann. Er wird nicht durch den aktuellen Dienst absorbiert und hat vor Allem nur ein Terrain, das des eigenen Landes, aufs Gründlichste zu beherrschen, da naturgemäss ein Milizheer seine Thätigkeit auf die Defensive beschränkt. Es ist sogar wahrscheinlicher, dass in einem Heer, das nur für die Rechte seines Landes oder im Existenzkampf in Aktion tritt, schlummernde Talente verborgen sind, als im stehenden Heere, wo die kriegstüchtigen Elemente durch die Permanenz der Aktion bis zu einem gewissen Grad abgestumpft werden.

Wenn man nun die improvisirten Heere ins Auge fasst, wie sie in allen Revolutionen, Aufständen, Befreiungskriegen auftraten, so muss man ohne Weiteres gestehen, dass diese Aufgaben bewältigt, wie sie schwieriger nicht gestellt werden konnten.

Auch die Heere, die 1813 gegen Napoleon kämpften, waren Milizheere, da nach dem Tilsiter Frieden Preussen bekanntlich nicht mehr als 42 000 Mann unter Waffen halten durfte. Man hob die Militärlieferanten je nach der Altersfolge aus, exerzirte sie ein und liess sie wieder nach Hause gehn. Als Landwehr und Landsturm traten sie dann wieder in Aktion. Die Offiziere leiteten von Zeit zu Zeit ihre Waffenübungen. 1813 zogen dann 400 000 Mann ins Feld.

Die Idee des Landsturms, die Scharnhorst dem König Friedrich Wilhelm III. plausibel gemacht, stiess natürlich bei den alten Generälen auf heftigen Widerstand; Scharnhorst, und mit ihm stimmte auch Gneisenau überein, ging von der Erfahrung aus, die Frankreich und England bewiesen hatten, dass das Milizsystem in einem Land das militärische Empfinden aufs Höchste entflamme. Es ist übrigens in der Schweiz ganz genau so, denn es erhebt sich nie auch nur die leiseste Missstimmung gegen die militärischen Institutionen des Landes, und der Militärdienst ist für Hoch und Niedrig eine freudige Pflicht.

Alle diese Fragen hat ja mit grosser historischer Klarheit Karl Bleibtreu in seiner Schrift: Der Zarenbefreier behandelt, auf die sich auch Moch bezieht.

In der **Positivist Review** bespricht Frederic Harrison die Zarenkundgebung und vor Allem ihre möglichen Folgen für England. Er ist von den lauterer

Absichten des Zaren vollständig überzeugt, doch vergisst er darüber nicht, in ihm den Todfeind Englands zu sehen. Er findet, dass der Zar als der reichste Fürst eigentlich am wenigsten Ursache hätte, über die Lasten, die die Armee erfordert, zu klagen. Die Absicht ist ja gut, aber Wunder werden auch jetzt nicht geschehen. Der Zar soll erst alle Eroberungsgelüste und allen Hass aus den Herzen der Menschen entfernen, dann kommt er zum Ziel; zuerst müssen all die Zankäpfel beseitigt werden, die gegenseitigen Rechte müssten bedingungslos anerkannt und durch eine Ausgleichung der Mächte gefestigt werden. Den Russen gegenüber will sich England nicht durch eine Schwärmerci verblenden lassen, einen ehrlichen Handel würde es aber eingehen. Spanien und Italien räth der Verfasser besorgt, ihr eigenes schönes Land zu bebauen und keine Kolonien zu gründen; ebenso thäte Frankreich gut daran, sich aufs eigene Land zu beschränken. Wäre also die Kolonialfrage zum Wohlgefallen Aller, d. h. namentlich Englands, beseitigt, so blieben noch die Fragen wegen der Reichslande und wegen der weltlichen Macht des Papstes. Dem Engländer ist der Frieden heilig, aber er sieht ihn nicht in der Abrüstung, sondern in der höchsten Loyalität der verschiedenen Interessenten unter einander!

Auch Australien hat, wie vielleicht wenig bekannt sein dürfte, seine eigene sozialistische Monatsschrift: **The Beacon**, über deren Tendenz das Gespräch zwischen Vater und Sohn im Januar-Heft Aufschluss giebt. Sohn: Was sind Synonyme, Vater? Vater: Worte, die dieselbe Bedeutung haben, z. B. Schutz und Ausbeutung. — Ob man in Australien unser kommodenes Gesetz um Schutz der Arbeitswilligen vorgeahnt hat?

Ida Häny-Lux.

Im zweiten Hefte der **Pražský hospodářský Noviny** (Prag), bespricht Dr. F. Fiedler das Thema Getreide-Magazine in sehr interessanter Weise; es ist jedenfalls von besonderer Wichtigkeit, die in dem Artikel niedergelegten Ansichten einer genauen Prüfung zu unterziehen, zumal die fachmännischen Anschauungen, welche darin zum Ausdrucke gelangen, den von einigen deutschen National-Oekonomen in ähnlicher Weise besprochenen nahekommen. Das grösste Hemmniss, welches die Entwicklung und Hebung des Bauernstandes aufhält, ist die ungenügende Organisation in Hinsicht auf den Getreide-Absatz. Vornehmlich in Oesterreich, wo — wie in den böhmischen Industriebezirken — das Rustikalwesen in stetem Niedergang begriffen ist, der Bauer wegen

mangelnder Nachfrage nicht selten Spekulantem in die Hände fällt, hängt in den meisten Fällen der Getreidepreis von einigen Kapitalisten ab; der Verfasser beantragt aus diesem Grunde Getreidemagazine anzulegen, aus welchen zu mässigen Preisen, sowie nach einem bestimmten Plane an die Konsumenten, mit Ausschluss des Zwischenhandels, Getreide abzugeben wäre.

Seit Kurzem erscheint in Brünn eine von den Anhängern des „fortschrittlichen Jungcechenthums“ (wie sich die mit der gegenwärtigen Taktik der Jungcechen unzufriedene Partei nennt) herausgegebene Zeitschrift, die **Moravská Revue**, die geeignet ist, die Aufmerksamkeit aller jener Kreise auf sich zu lenken, welche einen Umschwung innerhalb der korrupten Partei erhoffen. Besonders verdient eine Studie über den Materialismus hervorgehoben zu werden, welche in ihrem letzten Heft zum Abschlusse gelangt. —

Der bekannte Soziologe Moravec bringt in **Zivot** (Prag) eine gediegene Besprechung der Verderbtheit der Jugend. Der Autor erblickt die Ursachen derselben in der Familie, in der Gesellschaft — die Möglichkeit einer Besserung in der Schule. Der mangelhafte Schulbesuch beweise, dass das unmoralische Verhalten im fehlenden Unterricht seinen letzten Grund habe. Die vernichtende Konsequenz dieser Vernachlässigung begründet der Verfasser an der Hand statistischer Daten; so gab es in den Jahren 1875—85 in den österreichischen Straf-anstalten 41% Analphabeten. Eine nutzbringende Reform kann nach des Autors Meinung blos in der Vernichtung der Ursachen erfolgen, durch die die Kinder vom Schulbesuche abgehalten werden. Mit Züchtigung derselben sei nicht gedient. In Hinsicht auf die Thatsache, dass die Eltern selbst die Kinder zu allen möglichen häuslichen Arbeiten zwingen, müsse diesem Moment mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden. Will man daher bei der schändlichen Ausbeutung der Kinder in mehr oder weniger schwerer Arbeit von einer Schuld sprechen, dann kehre man sich vornehmlich an Diejenigen, welche aus Gewinnsucht die Kinder zu Krüppeln machen und um eines geringfügigen Vortheiles willen nicht am wenigsten die in bedenklichem Maasse steigende Verderbtheit, geistige und körperliche Verkümmerng fördern. An den Schulbehörden liege es hauptsächlich, die allzu laxe Kontrolle hinsichtlich der Versäumnisse zu verschärfen und blos in äusserst dringenden Fällen Befreiungen vom Schulbesuch zu gestatten.

Heinrich Herbalschek.

V a r i a.

Herr Ferdinand Frey sendet uns folgende Zuschrift:

Zur Abwehr! Herr Dr. Simmel hat der Redaktion der Sozialistischen Monatshefte eine Zuschrift übersandt (s. Januarheft 1899), in der er sich prinzipiell gegen meinen im Dezember-Heft veröffentlichten Artikel über sein Kolleg wendet. Ich möchte darauf Folgendes erwidern:

1. Ein von Berliner Gelehrten eingerichteter nationalökonomisch-sozialpolitischer Kursus wurde in dieser Zeitschrift besprochen und bei dieser Gelegenheit eine längere Rede des Herrn Dr. Simmel im Auszug, und zwar ohne weitere Kritik, wiedergegeben. Hiergegen protestirte Herr Dr. Simmel nicht, obgleich doch dem Autor sowohl wie dem Publikum ein Zurückgehen auf einen vorliegenden Text unmöglich war (s. Sozialist. Akademiker, 1895, Seite 409).

Im Gegensatz hierzu hat Herr Dr. Simmel gegen meine durchaus sachliche Kritik protestirt.

2. Ich bestreite prinzipiell, dass „legitime Gründe“ vorhanden sein können, aus einem Kolleg an der öffentlichen Universität, zu dem jeder beliebige Immatrikulirte unbedingt Zutritt hat, ein Geheimkolleg machen zu wollen. Gerade die breiteste Oeffentlichkeit hat das berechtigteste Interesse, jedes an der Universität gelehrt Wort kontrolliren zu können; werden doch dort diejenigen jungen Leute ausgebildet, welche späterhin die verantwortungsvollsten Stellungen zu bekleiden haben. Es muss die Möglichkeit gegeben sein, rücksichtslose Kritik an dem Vorgetragenen zu üben. Jeder Einspruch hiergegen bedeutet einen Einspruch gegen die Freiheit der Wissenschaft. Herr Dr. Simmel meint Vieles vor jedem beliebigen Studenten vortragen zu können, was dem Leserpublikum verborgen bleiben müsste. Will denn Herr Dr. Simmel die Urtheilsfähigkeit über den Sozialismus vom Reifezeugniss und von der offiziellen Erlaubniss zum Universitätsbesuch abhängig machen?

3. Ich bestreite im Speziellen, dass Jemand das Recht hat, den Sozialismus anzugreifen und die Vertheidigung zu verbieten. Ein solches Verbot wäre auch völlig nutzlos, denn die Weltanschauung der Zukunft wird allerorten, unter allen Umständen, trotz Gewalt und List, ungeachtet geheimer und offener Wünsche, Fürsprecher und Vertheidiger finden. Wenn aber Herr Dr. Simmel trotzdem eine Kritik und Vertheidigung für unangemessen hielt, wie soll man es dann

nennen, dass er dennoch einen Angriff nicht unterliess, sondern den Versuch machte, gerade Diejenigen, die zum Theil wenigstens berufen erscheinen, später dem kämpfenden Proletariat durch ihre Kopfarbeit redlich beizustehen, der Sache des Proletariats abspenstig zu machen?

4. Ich verweise darauf, dass es ganz allgemein Brauch ist, Vorträge, Kollegs, Reden etc. zu besprechen und zu kritisiren. Jede Zeitung und jede Zeitschrift bietet genügend Beispiele.

5. Wenn Herr Dr. Simmel meiner Kritik dadurch die Spitze abzubrechen sucht, dass er von Ungenauigkeiten, Herausreissen aus dem Zusammenhang etc. spricht, so protestire ich dagegen ganz entschieden. Die Arbeit ist gemacht worden auf Grund zweier fast wörtlicher Niederschriften des Kollegs, die, von einander unabhängig hergestellt, untereinander dennoch ausserordentlich übereinstimmen. Ganz klar geht aus diesen Niederschriften die prinzipielle Wichtigkeit der fast wörtlich wiedergegebenen Stellen als Resultate verschiedenartiger Ueberlegungen hervor. Sollten dennoch, was ich aber entschieden in Abrede stelle, Missverständnisse und Irrthümer vorliegen, so hätten ja die Blätter dieser Zeitschrift einer sachlichen Berichtigung oder Widerlegung wohl offen gestanden.

6. Ich betone und stelle fest, dass Herr Dr. Simmel einer sachlichen, ernsthaften Kritik gegenüber folgende Ausdrücke für angebracht hielt:

Unstatthafte Vergewaltigung.

Missbrauch des Vertrauensverhältnisses.

Moralisches Unrecht.

Intellektuelle Brutalität.

Sollten diese Bezeichnungen die bona fides in meinen Motiven in Zweifel zu ziehen versuchen, so zeigt wohl die obige prinzipielle Darlegung, dass sie mich ganz und gar nicht treffen. Der Leser mag übrigens noch durch Lektüre meines Aufsatzes sich ein Urtheil darüber verschaffen, ob meine Motive obige Prädikate verdienen oder nicht.

7. Mit dem bisher Gesagten scheint mir die persönliche Seite dieser Angelegenheit erschöpft. Hinzugefügt sei noch, dass ich selbstverständlich in einer sachlichen Diskussion über den angeregten Gegenstand jederzeit und Jedermann Rede stehen werde.

Ferdinand Frey.

Wir bringen obige Zuschrift, indem wir der Erwartung Ausdruck geben, dass die persönliche Diskussion dieser Sache nunmehr ihren Abschluss erreicht hat.

Die Redaktion.

Verantwortlich für die Redaktion: Hugo Warschawski in Berlin.

Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Gleditsch St. 23, Berlin W. (Eigenthümer: Dr. R. Friedeberg in Berlin)

Druck von Max Bading, Beuth St. 2, Berlin SW.